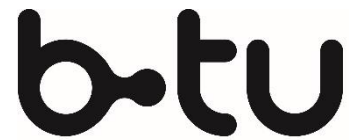


MIKOWA



Brandenburgische
Technische Universität
Cottbus - Senftenberg

Dialog-Veranstaltungen als Demokratisierung?

Eine Analyse der Bürgerdialoge in Cottbus in Zeiten völkisch-autoritärer Mobilisierung

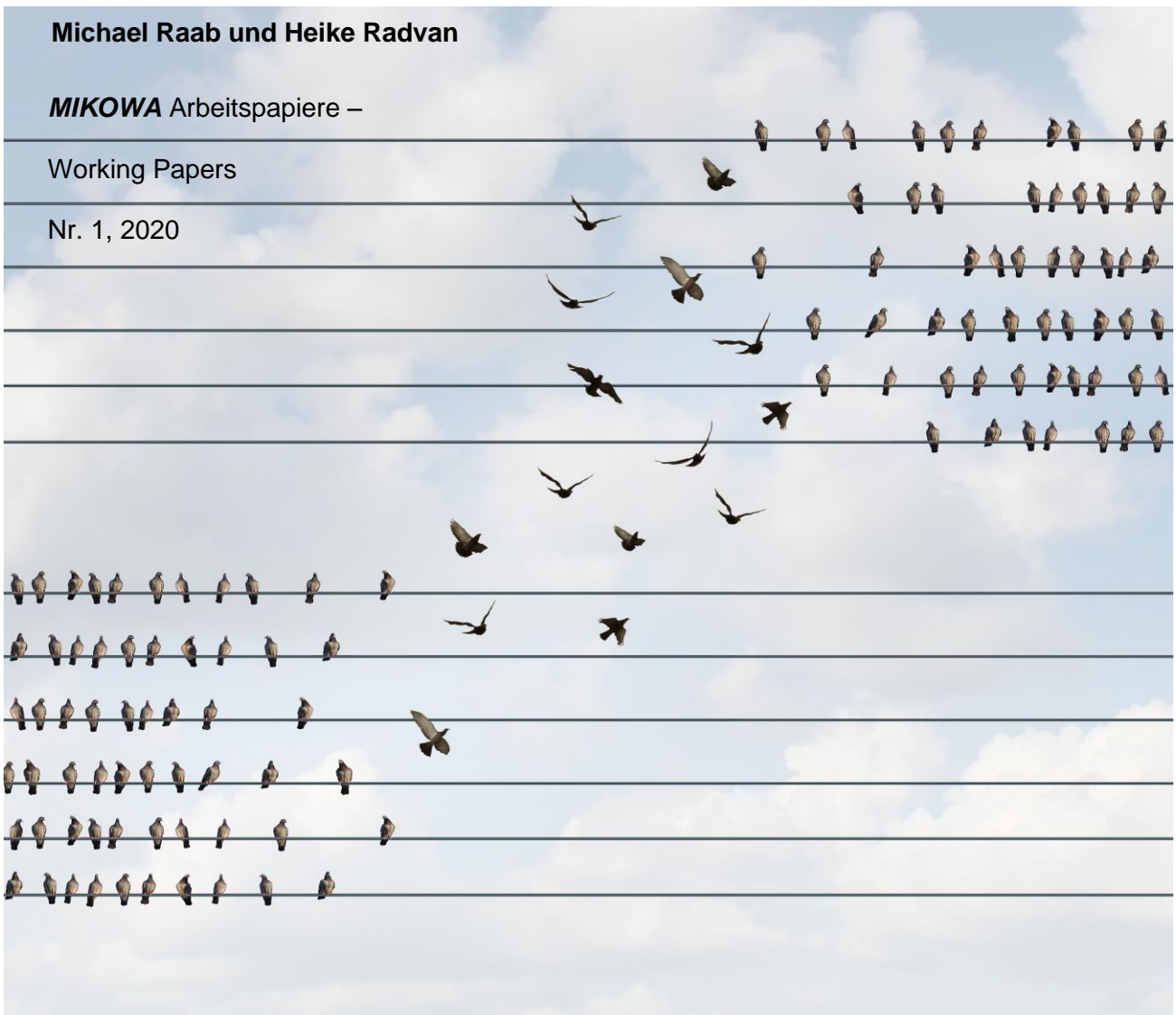
Ergebnisse eines Forschungsprojektes

Michael Raab und Heike Radvan

MIKOWA Arbeitspapiere –

Working Papers

Nr. 1, 2020



Zitiervorschlag:

Raab, M & Radvan, H (2020). Dialog-Veranstaltungen als Demokratisierung? Eine Analyse der Bürgerdialoge in Cottbus in Zeiten völkisch-autoritärer Mobilisierung: Ergebnisse eines Forschungsprojektes, *MIKOWA* Arbeitspapiere, *MIKOWA – Forschungsplattform Migration, Konflikt und sozialer Wandel*; Nr.1, 2020. DOI <https://doi.org/10.26127/BTUOpen-5206>.

MIKOWA Arbeitspapiere werden zum Zwecke der Information und Inspiration von Diskussionen unter Wissenschaftler*innen, Praktiker*innen und Politiker*innen bereitgestellt. Sie sind kostenlos.

Das Werk, einschließlich seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung der Autor*innen unzulässig. Dies gilt insbesondere für die elektronische oder sonstige Vervielfältigung, Übersetzung, Verbreitung und öffentliche Zugänglichmachung.

BTU Cottbus-Senftenberg
Forschungsplattform „Migration, Konflikt und sozialer Wandel“
(*MIKOWA*)
c/o Prof. Dr. Anna Amelina
Lehrstuhl für Interkulturalität
Erich-Weinert-Straße 1-2
D-03046 Cottbus
Homepage: <https://www.b-tu.de/mikowa/>

DOI <https://doi.org/10.26127/BTUOpen-5206>

Abstract

Viele Gemeinden in der Region Lausitz sind herausgefordert, einen Umgang mit *völkisch-autoritären* Akteuren und ihren Strategien zu finden. In der Stadt Cottbus mobilisiert seit dem Spätsommer 2017 ein Zusammenschluss aus extrem rechten und *völkisch-autoritären* Gruppierungen auf Demonstrationen und Kampagnen. Ähnlich wie andere Kommunen auch, greifen Verantwortliche in Cottbus in dieser Situation zu Beginn des Jahres 2018 auf das Format »Bürgerdialog« zurück, entsprechende Veranstaltungen finden in sechs Stadtteilen statt. Wir stellen die Ergebnisse unserer Forschung zu den Bürgerdialogen vor. Unter Anwendung der Grounded Theory wurden drei Veranstaltungen vertiefend analysiert und Kategorien gebildet. Im Vordergrund steht die Frage, wie die Diskurse auf den Veranstaltungen in Cottbus verlaufen, welche Themen auf welche Weisen angesprochen werden und welcher kommunikative Umgang damit gewählt wird. Zudem interessieren uns Gelingensfaktoren im Sinne des Ermöglichens eines demokratischen Dialoges: Wie können unter den spezifischen Bedingungen – Teilnehmende, die bewußt und z.T. strategisch die Regeln des Sagbaren brechen, diskriminieren und z.T. nicht am Austausch von sachbezogenen Argumenten interessiert sind – diese Veranstaltungen vorbereitet und durchgeführt werden, um einen Verlauf im Sinne demokratischer Standards zu gewährleisten. Diese (anwendungsbezogene) Fragestellung ist bislang kaum Gegenstand empirischer Forschung.

Key words: **Rechtspopulismus, Partizipation, Großgruppenkommunikation, Gemeinwesenarbeit, Rassismus**

Many municipalities in the Lausitz region currently face the challenge of dealing with “völkisch” -authoritarian stakeholders and their strategies. In the German city of Cottbus, a loose coalition of right-wing extremist and “völkisch” authoritarian groups has been mobilizing through demonstrations and campaigns since late summer of 2017. Like those in other municipalities, decision-makers in Cottbus have responded by reintroducing the format of the “Bürgerdialoge” (“Civic Dialogues”), which take place in six different districts.

We present the results of our research on the “Bürgerdialoge”. We analyzed three events using the “Grounded Theory” method, and created categories focused on the following questions: How does the discourse evolve in these events in Cottbus? Which topics are addressed, and how? Which means of communication were chosen? We are also interested in determining

which factors facilitate a democratic dialogue. Under specific conditions – where some participants knowingly and strategically break with the norms and conventions of what is considered socially acceptable to say, discriminate and show no interest in fact-based discussion – how can we plan and carry through these dialogues in ways that guarantee compliance with democratic standards? Until now, empiric research has very rarely adopted this applied research approach.

Inhaltsverzeichnis

1. Hinführung: Bürgerdialoge zwischen Beteiligung und Legitimation	6
1.1 Ausgangspunkt der Veranstaltungen: Bürgerdialoge als Reaktion auf völkisch-autoritäre Proteste	9
1.2 Ziele und Wirkungsannahmen der Veranstaltenden	10
1.3 Ablauf der Veranstaltungen	11
2. Forschungsfragen und methodisches Vorgehen	11
3. Darstellung der Forschungsergebnisse	12
3.1 Implizite Themensetzung: Migration als zentrales Problem in Cottbus	13
3.2 Explizite Thematisierung von Migration	15
Migration als finanzielles Problem	15
Migration als Bedrohung von Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit in Cottbus	17
Migration als Ergebnis einer Verschwörung	20
3.3 Umgang mit nicht-migrationsbezogenen Redebeiträgen	21
3.4 »Wir« und »die Anderen« als semantisches Strukturelement	23
3.5 De-Thematisierung von Rassismen und Rechtsextremismus	25
Abwehr von Rassismuserfahrungen	28
4 Die Relevanz von Regeln und Sachlichkeit im Diskursverlauf	30
5 Fazit und weiterführende Überlegungen	33
5.1 Schutz vor Diskriminierung als notwendige Bedingung von Partizipation	35
5.2 Regeln qua Form und Inhalt klären	36
5.3 Partizipation und Diversität – eine Chance und Aufgabe für Gemeinwesenarbeit	37
5.4 Klärung von Ziel und Methode: »Dampf ablassen« oder demokratisieren?	38
6. Quellenverzeichnis	39

1. Hinführung: Bürgerdialoge zwischen Beteiligung und Legitimation

Seit einigen Jahren nutzen Kommunen das Format »Bürgerdialog«, um interessierten Bürger_innen die Möglichkeit zu geben, relevante Themen in der Stadtgesellschaft mit Politiker_innen zu diskutieren.¹ In Zeiten einer (extrem) rechten² Mobilisierung, wie wir sie seit spätestens Ende 2015 beobachten, werden die verschieden strukturierten Gesprächsformate oftmals eingesetzt, um auf völkisch-autoritäre³ und extrem rechte Proteste in der Stadtgesellschaft zu reagieren. So auch im Jahr 2018 in Cottbus: Angesichts einer aggressiven, feindlichen Atmosphäre, die im Kontext regelmäßiger Demonstrationen des Vereins »Zukunft Heimat« entsteht (vgl. Fröschner/Warnecke 2019), reagieren Cottbuser Kommunalpolitiker_innen mit der Initiierung von Bürgerdialogen. Damit ist der Gedanke verbunden, mit denjenigen Bürger_innen in den Dialog zu treten, die formulieren, nicht gehört zu werden, deren legitime Anliegen aufzugreifen sowie völkisch-autoritäre Mythenbildungen – Gerüchte, teilweise auch gezielt gestreute *Fake News* zur Diskreditierung politischer Gegner_innen – durch einen sachlichen Diskurs aufzudecken. Im Sinne einer deliberativen Demokratie ist das Ermöglichen von Kommunikationsräumen in Stadtgesellschaften mit aktuellen Konfliktlagen ein erster Schritt zu deren Bearbeitung und steht in der Verantwortung

¹ Ganz herzlich bedanken möchten wir uns für das äußerst hilfreiche und fundierte feedback sowie für den fachlichen Austausch bei Arnd-Michael Nohl, Birgit Behrens, Christiane Leidinger, Barbara Schäuble, Julia Schulze-Wessel und Ralf Mahlich. Ohne den technischen support durch André Britner wäre die Forschung nicht gestartet – herzlichen Dank!

² Mit »extrem rechts« orientieren wir uns an einer Definition, die Leidinger/Radvan (2020) zum Umgang mit der Problematik an Hochschulen als eine begriffliche Alternative zu topologischen Konzepten nutzen, die – wie der sog. Hufeneisenansatz – von bedrohlichen »Rändern« und einer »glücklichen Mitte« der Gesellschaft ausgehen. Rechtsextremismus wird in Anlehnung an Hans-Gerd Jaschke und Fabian Virchow als die Gesamtheit von undemokratischen, antipluralistischen, geschichtsrevisionistischen und autoritaristischen Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen von (nicht-) organisierten Einzelpersonen und Gruppen gefasst, die eine Ungleichheit von Menschen proklamieren und entsprechende Macht- und Herrschaftsverhältnisse etablieren bzw. verstärken (wollen) (vgl. Leidinger/Radvan 2020),

³ Sowohl im öffentlichen als auch im Fachdiskurs werden entsprechende Inhalte und Akteur_innen oft ungewollt verharmlosend als *rechtspopulistisch* bezeichnet. Wir sprechen in Abgrenzung hierzu von *völkisch-autoritären Akteur_innen* (vgl. Virchow 2018; Häusler 2018), die bewusst und z.T. strategisch – also im Sinne einer „Agitationsform“ (Häusler 2018: 13) – die Regeln des Sagbaren brechen, sich z.B. rassistisch, antifeministisch oder antisemitisch äußern, ein »autoritäres Demokratieverständnis sowie [...] völkisch-nationalistische Anschauungen« (ebd.: 9) ebenso wie Verschwörungstheorien bzw. –mythen verbreiten und erkennbar wenig am Austausch von sachbezogenen Argumenten interessiert sind.

von Lokalpolitik. In einem zweiten Schritt stellt sich die Frage, wie unter den spezifischen Bedingungen, die sich in Zeiten völkisch-autoritärer Mobilisierung ergeben, die an Aufklärung, Austausch, Aushandlung und Partizipation orientierten Ziele der Veranstaltungen erreicht werden können. Diese Fragestellung mit ihrem spezifischen Fokus auf den Umgang mit völkisch-autoritären Diskursstrategien ist bislang kaum Gegenstand empirischer Forschung.⁴

Mit dem Fokus auf den Umgang mit völkisch-autoritären Diskursstrategien lässt sich unsere Forschung einordnen in eine Debatte, die Lorenz u.a. als eine »neue Nachdenklichkeit« (dies. 2019: o. S.) über das konkrete Ausgestalten von Partizipationsprozessen beschreiben. In vielen bundesdeutschen Städten wurden in Reaktion auf die Aufnahme Geflüchteter seit 2015 Großgruppenveranstaltungen⁵ organisiert, in deren Verlauf die Bevölkerung über anstehende Veränderungen informiert und zur Beteiligung aufgerufen wurde. Eine Herausforderung für die Organisator_innen dieser Veranstaltungen bestand nicht selten darin, diese im Sinne demokratischer Regeln zu gestalten sowie partizipative Standards im Verlauf zu etablieren und durchzusetzen. So wurden zum Beispiel Dialogveranstaltungen in Leipzig und Dresden öffentlich diskutiert, in deren Verlauf Akteure von »Pegida« und »Legida« die Debatten mehrfach dominiert und eine respektvolle Gesprächsatmosphäre verunmöglicht hatten. Die Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen verändert ab 2017 das gewählte Vorgehen und versucht, aus diesen Prozessen zu lernen.⁶

⁴ In Vorbereitung ist eine Veröffentlichung des Forschungsprojektes „Krisen-Dialog-Zukunft“ der Technischen Universität Dresden. Das Projekt untersuchte die Verläufe der in Reaktion auf die Proteste gegen die Aufnahme Geflüchteter initiierten Kommunikationsformate in Kommunen des Bundeslandes Sachsen (vgl. Bochmann/Döring 2020). Freundlicherweise wurde uns vorab der Artikel von Willi Hetze aus dem geplanten Sammelband zur Verfügung gestellt. Der Autor nimmt eine Typologisierung von Teilnehmungsformaten vor (vgl. Hetze 2020), wobei er über die bislang etablierte Unterscheidung nach Teilnehmungsgrad und Versammlungszweck hinausgeht und die Motivation der Teilnehmenden in den Fokus stellt. Er unterscheidet zwischen Präventions-, Diskussions-, Eskalations- und Deeskalationsformaten. Zudem nimmt er Differenzierungen vor hinsichtlich des Versammlungszwecks, den Einstellungen/Werten und Emotionen als Einflussgrößen und der Sachlichkeit als situativer Rahmen. Nicht zuletzt blickt er auf die Prozesshaftigkeit von Versammlungen und plädiert begründet in spezifischen Situationen für fortgesetzte (vgl. ders.: 161) und verkleinerte Formate (vgl. ders.: 152).

⁵ Von Großgruppen lässt sich mit Bezug auf Seliger sprechen, wenn 30–2.000 Menschen über ein gemeinsames Thema und einen Kontext miteinander verbunden sind. Im Vordergrund stehen weniger die zwischenmenschlichen Beziehungen oder face to face Kontakte, wie sie in Gruppen mit geringerer Anzahl relevant sind (vgl. Seliger 2008).

⁶ Im Projekt „Kommune im Dialog“ unterstützt die Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen Kommunen, gemeinnützige Institutionen und Institutionen der öffentlichen Verwaltung, Vereine und Verbände bei politischen

Aus einer historischen Perspektive betrachtet, ist die Beteiligung von Bürger_innen an politischen Gestaltungsprozessen in Kommunen und Ländern heute auf einem hohen Stand angelangt. Lorenz u.a. beschreiben diesen »Partizipationsboom« (2020: o. S.) als »Fortsetzung eines langen Trends« (ebd.), der sich aus der Geschichte der Demokratie im Sinne einer zunehmenden Beteiligung der Bevölkerung an politischen Prozessen beschreiben lässt. Neben der (nicht zwangsläufig und auch nicht linear verlaufenen (vgl. ebd.) Erweiterung der Bürger_innenbeteiligung auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen – so zum Beispiel an Wahlen oder der betrieblichen Mitbestimmung (vgl. ebd.) – geht es in den entsprechenden Verfahren zunächst auch um die umfassendere Information von Bürger_innen über politische Vorhaben als erster Stufe der Partizipation.⁷

Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger_innen werden allerdings auch dann erweitert, wenn politisch Verantwortliche ein Akzeptanz- oder Legitimationsdefizit gegenüber bestimmten Vorhaben wahrnehmen.⁸ In diesen Zusammenhang sind auch die öffentlichen Veranstaltungen einzuordnen, die im Zentrum der vorliegenden Forschung stehen.

Mit der Forschung geht es uns nicht zentral darum, die Inhalte, Akteure, Formen und Strategien völkisch-autoritärer Interventionen zu rekonstruieren (vgl. hierzu Häusler 2018; Schutzbach 2018; Virchow 2018). Vielmehr hat uns interessiert, wie die Diskurse auf den Bürgerdialog-Veranstaltungen in Cottbus verlaufen: Wir fragen nach der Art und Weise der Thematisierung von (sozialen) Problemen im Diskursverlauf und danach, welche Probleme sich dabei als die Entscheidenden konstituieren.⁹ Wir gehen somit der Frage nach, wie das initiierte Kommunikations- und Partizipationsangebot von den Verantwortlichen konzipiert wird, wie es

Meinungs- und Willensbildungsprozessen. Einen Eindruck über die Veranstaltungen erhält man im Kurzfilm: <https://www.slpb.de/veranstaltungen/auf-anfrage/kommune-im-dialog/>

⁷ Hetze verweist auf bereits vorliegende Kategorisierungen von Bürgerbeteiligungsverfahren, die zwischen »Information, Konsultation oder Mitbestimmung« unterscheiden und damit den Fokus auf das mögliche Maß an Einflussnahme der Beteiligten auf den Ablauf und die Ergebnisse der Veranstaltungen legen (vgl. ders. 2020: 140). Grundlage dieser Kategorisierungen ist das achtstufige Modell der Beteiligungsleiter von Sherry S. Arnstein (vgl. ders. 1969: 217) und dessen Weiterentwicklung bzw. der Antworten auf die bereits von Arnstein selbst formulierten Grenzen des Modells im Fachdiskurs (vgl. hierzu Hetze 2020: 140f.).

⁸ Lorenz u.a. verweisen beispielhaft auf die frühzeitige Information und weitergehende Beteiligung von Bürger_innen an Bauprojekten im Kontext des Ausbaus der Stromnetze in der Bundesrepublik (vgl. ebd.: o.S.)

⁹ Die Konstitution eines sozialen Problems sehen wir gegeben, wenn es sozialen Gruppen gelingt, eine »öffentliche[n] Anklage von Missständen« (Groenemeyer 2012: 18) so vorzubringen, dass sie in einem gewissen Kontext (hier: in den Bürgerdialogen) als bearbeitungswürdig gilt.

mit den Teilnehmenden gestaltet wird und wie sich dementsprechend der Verlauf beschreiben lässt. Zudem fragen wir danach, welche Rolle Soziale Arbeit, im Besonderen Gemeinwesenarbeit, bei der Vorbereitung und Durchführung dieser Veranstaltungen einnimmt und welche Handlungs- und Gestaltungsoptionen sich hieraus ergeben können. Wir schließen hier an vorliegende Forschung zur Gestaltung von Aufnahmeprozessen Neuzugewanderter in Gemeinwesen an und denken diese anwendungsbezogenen Fragen weiter (siehe Kapitel 5.3.).

Im Folgenden klären wir (1.) Kontexte und Ablauf der Veranstaltungen, (2.) unser methodisches Vorgehen, (3.) stellen wir die Ergebnisse der empirischen Forschung dar, gehen (4.) auf die Relevanz von Regeln und Sachlichkeit im Diskursverlauf ein und fragen abschließend (5.) anwendungsbezogen, was anhand der Ergebnisse gelernt werden kann bzw. welche Modifikationen möglich wären und welche Rolle Soziale Arbeit hierbei übernehmen kann.

1.1 Ausgangspunkt der Veranstaltungen: Bürgerdialoge als Reaktion auf völkisch-autoritäre Proteste

Im Spätsommer 2017 finden regelmäßig, zum Teil zweiwöchig, Demonstrationen und Aufmärsche des Vereins »Zukunft Heimat« in Cottbus statt, einem Zusammenschluss extrem rechter und völkisch-autoritärer Akteure und Gruppierungen in der Region (vgl. Fröschner/Warnecke 2019). Zum Teil marschieren 2.000-3.000 Menschen gegen Asylrecht, Migration, die »politische Elite«, »Lügenpresse« und »Gender-Ideologie«; in den Reden werden rassistische und antisemitische Positionen geäußert ebenso wie Verschwörungstheorien; die Atmosphäre ist von einer Feindschaft und Aggressivität gegen die »Anderen« und einer grundsätzlichen Ablehnung des politischen Systems der Bundesrepublik geprägt. Journalist_innen und Kritiker_innen werden von Demonstrierenden mehrfach bedroht, es kommt zu Angriffen gegen Personen (vgl. ebd.). Die Atmosphäre in der Stadt und die Medienberichterstattung sind hiervon geprägt. Der Bürgermeister Holger Kelch (CDU) und der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Reinhard Droglä (SPD) kommen zu Beginn des Jahres 2018 im gemeinsamen Gespräch zu der Idee, dass die Initiierung von Bürgerdialogen ein wichtiger und richtiger Schritt sei, um hierauf zu reagieren. Die anvisierten Dialogveranstaltungen werden auf einer außerordentlichen öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21. April 2018 vorgestellt und mit den Vorsitzenden aller Fraktionen sowie interessierten Bürger_innen diskutiert. In den Reden der Fraktionsvertreter_innen dokumentiert sich, wie verschieden das bestehende Problem in der

Stadt artikuliert und beschrieben wird: So sprechen Partei-Vertreter_innen der GRÜNEN, der SPD und der Partei »Die LINKE« extrem rechte und rassistische Mobilisierungen von »Zukunft Heimat« direkt an und problematisieren diese als Ausgangspunkt der Situation in der Stadt. Bei anderen Vertreter_innen verbleibt dies eher in Andeutungen; von Seiten der AfD und des Vertreters der NPD werden Positionen von »Zukunft Heimat« eingebracht und damit legitimiert.

Mit Beginn der Veranstaltungsreihe im Mai 2018 fällt auf, dass deren Ausgangspunkt – Demonstrationen und Proteste rechtsextremer und völkisch-autoritärer Gruppierungen – von den Initiierenden nicht konkret angesprochen wird, vielmehr verbleiben die entsprechenden Aussagen hierzu im Ungefähren. Es wird ein Problem angedeutet in Formulierungen wie »dass [...] sich hier in Cottbus etwas abgespielt hat, sich etwas gefühlt hochgeschaukelt hat, was mich auch nicht losgelassen hat« (Bürgermeister, Bürgerdialog in Mitte ab 00:08:06¹⁰). »Angesichts der Demonstrationen« wäre es gut, »miteinander statt übereinander zu reden« (Herr T., Moderator, Sachsendorf 00:05:58). Benannter Ausgangspunkt der Veranstaltungen ist also eine gestörte Kommunikation zwischen Politik und dem bei »Zukunft Heimat« demonstrierenden Teil der Bürger_innen.

1.2 Ziele und Wirkungsannahmen der Veranstaltenden

Die Veranstaltenden verbinden mit den Bürgerdialogen das Ziel, den Protestierenden zuzuhören, ins Gespräch zu kommen und damit den geäußerten Unmut in der Stadtgesellschaft zu verringern. **Ziel** sei es, zu vermitteln, dass Politik und Verwaltung die Anliegen der unzufriedenen Bürger_innen »sehr, sehr ernst« (Bürgermeister, Sandow 00:55:20) nimmt. Zu erkennen ist die **Wirkungsannahme**, der zufolge das Anhören von Meinungen dazu führe, dass sich der auf der Straße deutlich gewordene Unmut verringert. Angenommen wird: Wenn Politik und Verwaltung zeigen, dass sie die Anliegen der Protestierenden ernst nehmen und ihnen die Möglichkeit geben, »Dampf abzulassen« (Bürgermeister, Sandow 02:00:22), so gibt die Zielgruppe ihre Fundamentalopposition gegenüber dem politischen System der Bundesrepublik auf. Die damit verbundene Hoffnung ist, dass sich die Protestierenden in die bestehenden Möglichkeiten der politischen Willensbildung einbringen, z.B. durch die Teilnahme an

¹⁰ Datengrundlage waren Videoaufzeichnungen aller Veranstaltungen, einsehbar auf der Homepage der Stadt Cottbus, www.cottbus.de/aktuelles/dialoge/rueckblick_buergerdialoge_mai_juni_2018.html. Zur Angabe, der Datenerhebung und –auswertung siehe Kapitel 2.

öffentlichen Ausschusssitzungen (Herr R., Vorsitzender des Sozialausschuss, Mitte 00:20:16). Hier zeigt sich die Hoffnung, mit den Veranstaltungen im Sinne von Demokratiebildung wirksam zu sein.

1.3 Ablauf der Veranstaltungen

Im Frühsommer 2018 finden »Bürgerdialoge« in sechs Cottbuser Stadtteilen statt. Der Ablauf ähnelt sich auf allen Veranstaltungen: Der Bürgermeister (Holger Kelch, CDU) und der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung (Reinhard Drogla, SPD) sitzen auf einem Podium¹¹, zudem sind Vertreter_innen verschiedener Ressorts der Stadtverwaltung und der Polizei anwesend. Nach der Begrüßung durch die Veranstaltenden können Bürger_innen Fragen stellen, Politik und Verwaltung antworten. Die Moderation – alle Veranstaltungen werden von zwei erfahrenen alteingesessenen männlichen Moderatoren mittleren Alters geleitet – führt eine Redner_innenliste und wacht über formell bestimmte »Regeln des Anstands«. Benannt werden hier – »einander ausreden lassen«, »keine Beleidigungen« und ein »sich kurz fassen«.

Betrachtet man das hier dargestellte Format, so lässt sich bereits an dieser Stelle fragen, ob es sich im eigentlichen Sinne um einen »Dialog« handelt oder angesichts der hierarchisch geprägten Frage-Antwort-Struktur eine andere Bezeichnung zutreffender wäre. Dass es sich weniger um gleichberechtigte Sprecher_innenpositionen handelt, wird auch deutlich, wenn die Moderatoren die initiiierenden Politiker jeweils zu Beginn der Veranstaltung um eine Einschätzung des vorherigen Dialoges bitten oder selbiges am Ende fragen. Wir kommen auf die Frage des Dialogischen in unserer Schlussbetrachtung zurück.

2. Forschungsfragen und methodisches Vorgehen

Unsere Forschung geht folgenden Fragen nach: Wie verlaufen die Veranstaltungen, welche sozialen Probleme werden dabei als die Entscheidenden konstituiert und welche Bearbeitungsweisen nahegelegt? Im Sinne anwendungsbezogener Forschung hat uns aus

¹¹ Die Moderatoren und Initiatoren betonen auf mehreren Veranstaltungen, dass es ihre begründete Absicht und Motivation sei, auf Augenhöhe miteinander ins Gespräch zu kommen. Ein Podium mit sehr geringer Höhe sei nur gewählt worden, damit die Sprechenden vom Publikum gesehen werden.

demokratiethoretischer Perspektive fokussiert interessiert, was sich daraus lernen lässt hinsichtlich der Konzeption und Vorbereitung derartiger Veranstaltungen in Zeiten, die durch extrem rechte und völkisch autoritäre Mobilisierungen herausgefordert sind.

Unter Anwendung der Grounded Theory (Strauss/Corbin 1996) haben wir Videomitschnitte von sechs Veranstaltungen gesichtet, drei davon vertiefend ausgewertet (vgl. Fußnote 9). Es wurde keine Analyse der Bildaufzeichnungen durchgeführt, sondern mit den Transkripten des Gesprochenen gearbeitet. Im Sinne eines *theoretischen samplings* haben wir durch maximale Kontrastierung drei der insgesamt sechs Bürgerdialoge – Sachsendorf, Sandow und Mitte – für die vertiefte Auswertung ausgewählt. Der Auswahl lagen folgende Kriterien zugrunde:

- formaler Verlauf (Kontroversen, konflikthafte Sequenzen, sachbezogene, erklärende, verständnisorientierte Sequenzen mit Bezugnahmen aufeinander)
- Häufigkeit der Aussagen mit völkisch-autoritären Inhalten und konkretisierend-problembefugene Aussagen

Durch offenes Codieren wurden Interviewpassagen mit Aufmerksamkeit für die angesprochenen Themen und die Art und Weise der Thematisierung verschlagwortet bzw. kodiert: Was wird thematisiert? Wie werden die Themen angesprochen? Was lässt sich sagen über die Formen der Intervention: Wie wird auf Aussagen reagiert? Im zweiten Schritt, dem axialen Codieren, haben wir die gebildeten Codes zusammengefasst, verdichtet und aufeinander bezogen. Beim abschließenden selektiven Codieren wurden die Codes zu einem zentralen Phänomen verdichtet, das Kontextbedingungen, ursächliche Bedingungen und Strategien aufeinander bezieht und die daraus folgenden Konsequenzen ausweist. Deutlich wird dadurch, welches soziale Problem im Verlauf der Bürgerdialoge als zentral gesetzt wird, welcher Deutungsrahmen sich damit konstituiert (welche Ursachen und Anlässe für die Setzung angenommen werden) und welche Konsequenzen daraus folgen.

3. Darstellung der Forschungsergebnisse

Die Forschung zeigt die Bürgerdialoge als Aushandlungsprozess, in dem verschiedene Akteur_innen zunächst darum streiten, worin genau das verhandelte Problem in der Stadt bestehe und wie es bearbeitet werden soll. Wir geben im Folgenden zuerst einen Überblick über die verhandelten Themen, wobei deutlich wird, wie Migration zum zentralen Thema der Bürgerdialoge gemacht wird bzw. als solches diskursiv erzeugt wird.

Mit der Rekonstruktion des Materials geht es uns nicht darum, vorschnelle bzw. vereinfachende Kritik am Vorgehen der Veranstaltenden, insbesondere an ihrem Antwortverhalten zu formulieren. Vielmehr ist uns bewusst, dass politisch Verantwortliche, die sich auf diesen Veranstaltungen den Fragen der Bürger_innen stellen, zum Teil unter hohen Handlungsdruck geraten. Sie hören unsachlich geäußerte Kritik, z.T. an ihrer Person, z.T. ist der weitere Verlauf einer stark emotionalisierten Veranstaltung nicht kalkulierbar und es geht zu allererst um Deeskalation etc. Die Verantwortlichen setzen sich der Situation aus, unmittelbar auf z.T. komplexe Fragestellungen zu antworten. Auch wenn das Ermöglichen solcher Kommunikation Aufgabe von Kommunalpolitik in deliberativen Demokratien ist, so ist dies dennoch in Zeiten völkisch autoritärer Mobilisierung keine einfache. Ziel solcher Veranstaltungen sollte es sein, Antworten auf demokratiefeindliche, diskriminierende Aussagen zu geben, die die Sinnhaftigkeit und das Verbindliche eines demokratischen Miteinanders vermitteln und deren Standards sicherstellen. Dabei geht es auch darum, dies auf eine Art und Weise zu tun, mit der das Gegenüber in die Lage versetzt wird, dies im Sinne eines Lernprozesses anzuerkennen, zumindest zu tolerieren. Dies angemessen und auch wirksam zu ermöglichen, ist keine einfache Aufgabe, nicht zuletzt im Rahmen von Großgruppenkommunikation. Dennoch muss sich Kommunalpolitik dieser Aufgabe stellen. Wir verstehen unsere Forschung daher auch im Sinne einer Lernmöglichkeit: Wir nähern uns den Veranstaltungen zu allererst aus einer lernenden Perspektive und fragen nach deren Verläufen und danach, was sich aus Perspektive eines demokratischen Rahmens dieser Veranstaltungen erkennen und ggf. modifizieren lässt.

3.1 Implizite Themensetzung: Migration als zentrales Problem in Cottbus

Die weitaus häufigste thematische Problemsetzung findet im Bereich »Migration« statt. Dieser hohe Anteil entsteht u.a. dadurch, dass auch nicht notwendig auf Migration bezogene Inhalte (beispielsweise Erwerbslosigkeit, Ordnungspolitik oder Wohnen) oftmals migrationsbezogen thematisiert werden. Die Kommunikation zwischen Bürger_innen und Politik, konkrete sozialpolitische und infrastrukturelle Fragen (benannt werden z.B. hohe Mieten, Armut, baulicher Zustand von Straßen und Wohnungen), das Thema »Ordnung und Sauberkeit in Cottbus«¹², die Diskussion eines möglichen Versagens des politischen Systems (ohne Bezug

¹² Eine Ausnahme bildet der Bürgerdialog in Sandow, bei dem die meisten Bürger_innen das Thema »Ordnung und Sauberkeit in Cottbus« ansprechen. Aber auch dort bezieht sich der größte und umfangreichste Teil der Antworten von Verwaltung und Stadtspitze auf migrationsbezogene Fragen.

auf Migration) sowie die explizite Problematisierung von Rassismus in Cottbus treten dagegen sehr deutlich in den Hintergrund: Alle zuletzt genannten Themen werden in der Summe kaum halb so oft angesprochen wie das Thema Migration.¹³

Viele Sprecher_innen sind sich einig, dass in Cottbus und darüber hinaus bedingt durch die Migration in den Jahren 2015-2018 ein großes, womöglich katastrophenartiges Problem entstanden sei: Die verwendete Bildsprache deutet auf Kontrollverlust und Krise: So drohe »die Lage [...] aus den Händen zu rutschen« (Bürgermeister, Sandow 00:55:20), weil sich »etwas gefühlt hochgeschaukelt hat« (ders., Mitte 00:08:06). Sollten keine Maßnahmen seitens der Landespolitik erfolgen, »dann ist das Kind, was im Brunnen liegt, ersäuft« (ders., Sachsendorf 01:02:20). Schon 2015 seien »die Probleme [...] eskaliert« (Herr S., Redner bei Zukunft Heimat, berufener Bürger für die AfD im Haushaltsausschuss, Mitte 00:14:19), angeblich »kapituliert der Staat« (Herr W., Mitte 01:13:43) vor dem Problem der Migration, hervorgerufen durch einen »Jahrhundertfehler« (Herr S., Mitte 01:24:34) der Bundeskanzlerin.

Von Seiten der Veranstaltenden wird nicht explizit benannt, dass in den Bürgerdialogen das Thema Migration besprochen werden soll. Ebenso wird von Verwaltung und Politik das herausgearbeitete hochproblematische Szenario nicht näher bestimmt. Damit bleibt offen, ob die Anwesenheit von Geflüchteten in Cottbus generell, deren Verhalten, fehlende soziale Infrastruktur (die durch Migration sichtbar wird) oder der starke Zulauf der Aufmärsche von »Zukunft Heimat« das eigentliche Problem darstellt, das es zu lösen und zu bearbeiten gilt. In dieser ausbleibenden Problemdeutung durch die Veranstaltenden mag sich eine Unklarheit oder Uneinigkeit dokumentieren. Gleichzeitig mag damit auch die Idee verbunden sein, Teilnehmende nicht zu weiterer Ablehnung und Protest zu motivieren.

Jedoch zeigt die Analyse, dass die sich hier dokumentierende fehlende Problembestimmung durch die Veranstaltenden – 1. De-Thematisierung (extrem) rechter Mobilisierung als Ausgangspunkt der Bürgerdialoge und 2. Unklarheit über die Füllung des Problems – einen diskursiven Raum eröffnet, in dem völkisch-autoritäre Akteur_innen ihre Problemdeutung als die bedeutsame und zutreffende darstellen können. Hierbei zeigt sich, dass Diskursverläufe mit einer »Migrantisierung« (Riem Spielhaus) von Konflikten einhergehen, wenn

¹³ Mit der Kategorienbildung haben wir eine Zählung der benannten Themen vorgenommen, demzufolge tauchen folgende Themen in der genannten Häufigkeit auf: »Migration« 228 mal, »Kommunikation zwischen Bürger_innen und Politik« 33 mal, »Konkretes Problem« 30 mal, »Ordnung und Sauberkeit« 14 mal, »Systemversagen« 13 mal, »Rassismus« 11 mal.

Neuzugewanderte als »problematische Fremde« konstruiert werden, die per Definition für Konflikte in der Lausitz verantwortlich seien. Wir zeigen im Folgenden, wie dies geschieht.

3.2 Explizite Thematisierung von Migration

Migration als finanzielles Problem

Mehrere Bürger_innen thematisieren die Frage nach den Kosten, die in der Stadtgesellschaft durch die Aufnahme von Geflüchteten entstehen. Mehrheitlich wird dabei ein Interessengegensatz zwischen eigenen (deutschen) und migrantischen Interessen artikuliert, teilweise auch in erkennbarer Umwegkommunikation einer gegen das Grundrecht auf Asyl oder gegen Geflüchtete gerichteten Äußerung. Aber auch, wo dies nicht ausdrücklich geschieht, legt die Art und Weise, wie die Fragen von den Antwortgebenden aufgegriffen werden, nahe, dass hohe Kosten für Geflüchtete in einem Zusammenhang mit anderswo fehlenden Mitteln zu sehen sind, beispielsweise beim Bürgerdialog in Mitte:

00:29:47 Frau B.: [...] Ich frage mich, wo kommt das viele Geld her, was für die Flüchtlinge da ist. Ich habe nichts gegen Flüchtlinge, meine Hochachtung für alle Leute, die sich da ehrenamtlich engagieren. Aber wenn ich durch Cottbus fahre, 95 Prozent der Cottbuser Straßen sind in einem so schlechten Zustand. Da ist seit Jahren nichts passiert [...]

00:30:54 [Applaus, Moderation]

00:31:03 Herr K.: Das ist eine Frage oder eine Feststellung, die uns auch sehr bewegt und ich bin da ganz offen und ehrlich. Es ist für mich schlimm, dass große Politik und gerade hier Bundespolitik, die in den letzten fünf, sechs Jahren Rekorderlöse – Rekord-Steuererlöse – verzeichnen haben. Dass erst eine Flüchtlingswelle kommen muss, um festzustellen: Es reicht an Kita-Plätzen nicht, wir haben mit Schulen ein Problem und wir sind auch mit Sozialarbeitern unterbesetzt. Nur das Problem ist, dass die Steuerverteilung in der Bundesrepublik Deutschland, dass die Kommunen den geringsten Anteil an den Steuererlösen haben. [...] Dort, wo die Arbeit bewältigt wird, dort wo die Probleme sind, dort ist das Geld auch an erster Stelle einzusetzen und nicht um andere Sachen, sprich auf Bundesebene, sogenannte Wohltaten auszuschütten [...].

Die Frage nach der Quelle der Unterstützung für Geflüchtete (»wo kommt das viele Geld her, was für die Flüchtlinge da ist?«) legt einen Zusammenhang nahe zu dem schlechten Zustand der Cottbuser Straßen. Es scheint der Fragestellerin unverständlich, warum die Straßen unsaniert bleiben, wenn gleichzeitig umfassende Förderung (»viel Geld«) für Geflüchtete möglich sei. Die darauf gegebene Antwort bestätigt zunächst die Relevanz der Fragestellung und verstärkt sie durch eine emotionale Bezugnahme (»eine Frage [...], die uns auch sehr bewegt«). Die darauf folgende Aussage kritisiert eine Unverhältnismäßigkeit in der Verteilung von Steuererlösen: Während der Bund hohe Einnahmen entgegennimmt und »Wohltaten« ausschütet, würde die notwendige Arbeit und Problemlösung auf kommunaler Ebene ohne

ausreichende Unterstützung verrichtet. Die hier benannten »Wohltaten«, werden zwar nicht explizit auf Geflüchtete bezogen. Im Kontext der Antwort – erst wenn Geflüchtete zuzögen, werde zur Kenntnis genommen, dass Geld für Sozialausgaben fehle – wird jedoch deutlich, dass die in der Frage enthaltene Deutung eines ursächlichen Zusammenhangs von Asylpolitik und kommunal knappen Kassen zumindest nicht zurückgewiesen wird. Hier zeigt sich ein Antwortverhalten, das wir in der Folge als ein zentrales Ergebnis unserer Forschung herausarbeiten und als »immanente Intervention«¹⁴ (s.u.) beschreiben: Ein hergestellter Sinnzusammenhang wird von Antwortenden verständnisorientiert nachvollzogen und erfährt im Verlauf ihrer Aussage eine Bestätigung durch eine weiterführende Differenzierung. Die Unterscheidung hinsichtlich der Steuereinnahmen wird vom antwortenden Lokalpolitiker eingebracht. Der in der Fragestellung implizit nahegelegte Sinngehalt – der Zusammenhang zwischen Asylpolitik und knappen Kommunalkassen – wird dabei nicht hinterfragt oder aufgegriffen. Vielmehr erfährt er Bestätigung, indem auf dem Wege einer Ausdifferenzierung inhaltlich daran angeschlossen wird. Anders gesagt: Mit der formulierten Antwort bleibt offen, ob es einen (legitimen) Zusammenhang zwischen Asylpolitik und Geldmangel im infrastrukturellen kommunalen Bereich gibt. Vielmehr beobachten wir hier eine »Migrantisierung« eines Konfliktes im Prozess seiner kommunikativen Herstellung: Unmut über den Zustand von Straßen wird ursächlich auf die Neuzuwanderung bezogen, diese zuschreibende Konstruktion bleibt unwidersprochen. Im weiteren Verlauf dieser Veranstaltung zeigt sich, dass Bürger_innen, die explizit gegen die Asylpolitik der Bundesregierung argumentieren, an diese Unklarheit anknüpfen. So expliziert wenig später Herr W. den bisher lediglich nahegelegten Zusammenhang, wenn er äußert: »Diese Asylverfahren, die kosten Unmengen Geld, die Rechtsanwältinnen und alles was da ist, muss vom Steuerzahler bezahlt werden« (Mitte 01:12:50).

In der Antwort des Bürgermeisters wird eine Differenzsetzung vorgenommen zwischen einem »Wir« – der »tätigen Kommunalpolitik in Cottbus« – und der Bundespolitik als »die Anderen«. Der an dieser Stelle lediglich angedeutete Dualismus wird im Verlauf weiterer Sequenzen inhaltlich weiter gefüllt und ausgebaut, wie wir im Folgenden zeigen werden.

¹⁴ Mit der Bezeichnung »immanent« knüpfen wir an die Forschung zu »Pädagogisches Handeln und Antisemitismus« (Radvan 2010) an, in der eine immanente Beobachtungshaltung von Jugendarbeiter_innen rekonstruiert werden konnte. Das Besondere der hier als immanent bezeichneten Wahrnehmungshaltung besteht darin, dass sich Interviewte auf die vermittelten Inhalte in den Aussagen der Jugendlichen beziehen und diese z.T. in ihre Darstellungen übernehmen während sie nicht aus den Differenzkonstruktion von »Juden« als »den Anderen« aussteigen (vgl. dies.: 161-190). Angeknüpft wird damit an ein grundlagentheoretisches Begriffsverständnis von Karl Mannheim (Mannheim 1980: 161).

Migration als Bedrohung von Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit in Cottbus

Viele Bürger_innen beklagen eine Unsicherheit, die durch Migrant_innen in ihr Leben eingebrochen sei: Sie beklagen, dass sie sich nicht mehr trauten, nachts auf die Straße zu gehen (z. B. Mitte 00:36:10), in Unterkünften von Geflüchteten mangelhafte Ordnung und Sauberkeit herrsche (z. B. Sachsendorf 00:21:08), und es zu Lärmbelästigungen (oftmals durch Kinder) komme (z. B. Sandow 00:18:48). Stark verdichtet zeigt sich die Angst um den Verlust der öffentlichen Ordnung durch den Zuzug von Migrant_innen in der folgenden Passage aus dem Bürgerdialog in Sachsendorf:

01:07:13 Herr V.: Schönen guten Abend , mein Name ist V. Ich bin vor 20 Jahren [...] nach Cottbus gezogen, da war alles super, da konnte man sich überall bewegen, ohne Probleme zu haben. Aber seit zwei Jahren hat sich das schlagartig geändert [...] als eine syrische Familie mit vier Kindern oben eingezogen ist. [...] Da sind um 22 Uhr die Kinder immer noch draußen [...] dominieren in den Treppenhäusern, [unverständlich] in die Sträucher ihre Notdurft verrichten, Krach ist [...] bis 23, 24 Uhr draußen [...] Die fahren mit den Fahrrädern [...], man hat Angst, heraus zu gehen, dass man nicht umgefahren wird. [...] Es werden gepflegte Grünanlagen zerstört [...], Scheiben zerschlagen[...]

In der Passage werden Veränderungen im nachbarschaftlichen Miteinander und eine Einschränkung der Beweglichkeit im öffentlichen Raum beklagt. Es scheint hierbei um ein Wohnumfeld in einer Art Hochhaus oder Neubaublock zu gehen. Die Problematisierung der Gegenwart funktioniert über eine Idealisierung der Vergangenheit: Während früher »alles super« gewesen sei, gäbe es nun Belästigung durch Lärm, Anwesenheit und Dominanz von Kindern im Treppenhaus zu abendlichen Zeiten, zudem würden die Grünanlagen durch »Notdurft« beschmutzt. Während man sich »vor 20 Jahren [...]überall bewegen [konnte], ohne Probleme zu haben«, bestünde heute die Angst, das Haus zu verlassen und »umgefahren« zu werden, da Kinder rücksichtslos Fahrrad fahren. Die anschließenden Darstellungen rufen Bilder von Zerstörung auf: zerstörte Grünanlagen, zerschlagene Scheiben. Die Sequenz enthält eine dramatisierende Zuspitzung der Wohnsituation, bisherige Vorstellungen von Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit seien außer Kraft gesetzt, ein geregeltes Zusammenwohnen nicht mehr möglich.

Geht es in der Sequenz zuvor um Kinder, die die öffentliche Ruhe und Ordnung stören und die Bewegungsfreiheit einschränken, äußert in der folgenden Darstellung – ebenfalls aus dem Bürgerdialog in Sachsendorf – eine erwachsene männliche Person Angst, in der Nacht allein nach Hause zu gehen:

00:59:51 Herr R.: Ja, guten Abend, Herr R. mein Name. Ich bin seit 15 Jahren Sachsendorfer und irgendwie fühle ich mich hier im falschen Film. Als ich vor 15 Jahren hierher gekommen bin, konnte man abends sturzbesoffen aus der Kneipe kommen und kam gepflegt nach Hause. Jetzt

überlege ich mir, was ich abends mache. Und wenn die Politik jetzt hier feiert, dass jetzt eine Einsatzhundertschaft hier dauernd im Einsatz ist, ja, ist das ein Grund zum Feiern? Das ist eigentlich ein Grund zum Verzweifeln, muss ich mal sagen. [...] Was kommt als nächstes, wenn die nicht mehr reichen? Sollten wir uns dann bewaffnen, müssen eine Bürgerwehr gründen?

Wovor Herr R. konkret Angst habe und von wem die Gefahr ausgehe, benennt er nicht explizit. Erst aus dem Kontextwissen – es geht um Veränderungen in der Stadt durch die Aufnahme Geflüchteter – erschließt sich dies. Die aufgerufene Angst vor Gewalt durch Zugewanderte auf dem nächtlichen Nachhauseweg wird nicht empirisch belegt, es wird kein konkreter Übergriff für eine vergleichbare Situation benannt. Vielmehr wird implizit das über viele Jahrhunderte tradierte rassistische Stereotyp des »übergriffigen Fremden« aufgerufen (vgl. Dietze 2016). Hiermit ist es für Herrn R. nicht mehr nötig, zu begründen, warum er nachts auf der Straße Angst zu haben meint. Wenn Herr R. im weiteren Verlauf der Sequenz auf die hohe Polizeipräsenz (»Einsatzhundertschaft«) verweist, fundiert er die zuvor aufgerufene Angst weiter: Die Polizei wird hier nicht im Kontext von Schutz aufgerufen, vielmehr dient sie als Begründung dafür, dass die Situation außerordentlich bedrohlich sei. Mit dem hier entworfenen, zugespitzten Bedrohungsszenario ist der Raum eröffnet, um abschließend nach der Notwendigkeit und Legitimität von Selbstjustiz zu fragen: »Sollten wir uns dann bewaffnen, müssen eine Bürgerwehr gründen?«. Auch wenn es nicht explizit benannt wird, stellt Herr R. durch den Verweis auf eine Bürgerwehr das staatliche Gewaltmonopol und seine Wirksamkeit in folgendem Sinne infrage: Wenn Polizei uns nicht mehr helfen kann, müssen wir uns selber schützen. Hierbei handelt es sich um eine weit verbreitete Argumentationsstrategie im Rechtspopulismus. Die wehrhafte Wir-Gruppe legitimiert ihr Vorgehen gegen »die Fremden« als Notwehr, die durch mangelnden staatlichen Schutz notwendig würde. Ähnlich wie Herr V. in der vorangestellten Sequenz, artikuliert Herr R. damit eine Dramatisierung: Während früher alles gut und sicher gewesen sei, hätten wir es heute mit einem drastischen Bedrohungspotential durch Neuzugewanderte zu tun, gegen das »wir« uns wehren müssten.

Im Vergleich der von uns untersuchten Veranstaltungen zeigt sich, dass auf jedem Bürgerdialog in verschiedenen Sequenzen Geflüchtete als gewaltbereit dargestellt werden. Die hier ausgewählten Sequenzen verdeutlichen, inwiefern Teilnehmende mit tradierten rassistischen Bildern operieren und ein starkes Bedrohungsszenario konstruieren. Auf den Bürgerdialogveranstaltungen wird dies besonders deutlich in einer Kontextualisierung von Geflüchteten mit Messern. Hier beispielhaft durch einen Teilnehmer in Sandow: »Die Ausländer, die haben eben mit Messern und so vereinzelt auf Cottbuser Bürger eingestochen« (00:48:24). Eine unterstellte Affinität von Migrant_innen zu Messerangriffen – sie wird auf

allen Veranstaltungen geäußert¹⁵ – mag auch im Zusammenhang mit der Berichterstattung über konflikthafte Auseinandersetzungen zwischen Einheimischen und Neuangekommenen in der Lokalpresse stehen, in der dieses dämonisierende Bild in 2017/18 häufig aufgerufen wurde (vgl. Fröschner/Warnecke 2019: 54).

Untersucht man nun, in welcher Weise die Stadtverwaltung derartige Wortmeldungen aufgreift, so zeigt sich, dass zu allererst versichert wird, gegen das problematisierte Verhalten vorzugehen, beispielsweise von Herrn K., Leiter der Ausländerbehörde Cottbus: »Klare Botschaft: Wir haben mit der Polizei die Sache im Griff und zeigen auch Stärke. Jeden Tag als Ausländerbehörde oder Stadtverwaltung insgesamt.« (Sachsendorf 00:41:50). Die Verantwortlichen signalisieren Sicherheit und, dass sie ihre Schutzaufgabe ernst nehmen. Auf diesem Wege wird vermutlich auch versucht, die von mehreren Personen geäußerten Ängste wahr- und ernst zu nehmen und beruhigend zu wirken. Ob dieser Weg angesichts der hier rekonstruierten Begründungszusammenhänge der geäußerten Angst wirksam ist, muss an dieser Stelle offen bleiben. Jedoch lässt sich darauf verweisen, dass sich die Wirkmächtigkeit von Stereotypen weniger entkräften lässt, wenn man dessen Inhalt – Angst vor »dem übergriffigen Fremden« – partiell zustimmt (vgl. Radvan 2010: 170-179), indem man auf die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit von Polizeipräsenz verweist. Vielmehr wäre zu fragen, inwiefern der Verweis auf dessen historisches Gewordensein auch aufklärerische Wirkung haben kann und Teilnehmende in einem nächsten Schritt angeregt werden, nach dem tatsächlichen Erfahrungsgehalt ihrer Aussagen zu suchen.

Was mit diesem nachvollziehbaren Fokus im Antwortverhalten aus dem Blick gerät, ist das Narrativ vieler ordnungs- und sicherheitsbezogener Redebeiträge; es lässt sich verdichtet in etwa beschreiben als: »Durch Migration kommt es in Cottbus tendenziell zu einem bedrohlichen Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung und Sicherheit«. Dieser Implikation wird auf dem Wege der beschriebenen Antworten von Seiten der Stadtverwaltung und der Politik nicht widersprochen. Vielmehr bleibt dieser nahegelegte Zusammenhang unhinterfragt. Auch hier zeigt sich eine Wahrnehmungshaltung und daran anschließend eine Interventionsform, die wir als im Immanenten verbleibend beschreiben: Der implizite Sinngehalt der Aussagen bleibt unhinterfragt, er erfährt – wenn auch ggf. unintendiert – eine Bestätigung durch die Antwortgebenden. Der weitere Verlauf des Diskurses verbleibt somit im Deutungsrahmen »Migration/Migrant_innen als Bedrohung«.

¹⁵ Weitere Sequenzen: Sandow 01:12:23, 01:23:43 und 01:38:17; Sachsendorf 00:14:30, 00:50:40 und 00:57:40, Mitte 00:57:18.

Migration als Ergebnis einer Verschwörung

In mehreren Bürgerdialogen artikulieren Bürger_innen die Vorstellung, die Bundesregierung verfolge mit der Aufnahme von Geflüchteten eine gezielte Strategie. So wird beispielsweise in Sandow eine antifaschistische Demonstration gegen »Zukunft Heimat« folgendermaßen kommentiert:

00:14:04 Herr S.: Die Demonstranten [wurden] nach Cottbus reingeschleust. [...] Das Ganze war zentral organisiert, nicht von Cottbus, sondern von Außerhalb, man könnte auch sagen von der Bundespolitik. [...] Ich vermute, dass die Bundespolitik es darauf abgesehen hat, dass Deutschland ein islamistisches Land werden soll ... Vielleicht noch ein Hinweis zu dem Kniefall der Stadt. Das Stadtfest wurde nämlich genau mit dem Zuckerfest des Islam ... übereinstimmend festgelegt. Also: Am Freitag begann das Zuckerfest nach dem Ramadan. Und dann hat auch das Stadtfest stattgefunden. Und ich finde, das ist schon ein Kniefall vor den Leuten, die hier her kommen.

In weiteren Passagen kommt zum Ausdruck, dass an dieser hier nahegelegten Strategie der Bundesregierung nicht nur antifaschistische Demonstrant_innen beteiligt seien, sondern auch die Presse und weitere politische Akteur_innen. In extrem rechten und völkisch-autoritären Kontexten wird diese Idee als »Umvolkung« diskutiert, der zufolge politische Eliten planen würden, die Bevölkerung der Bundesrepublik auszutauschen (vgl. Kellershohn 2016). Sie impliziert, dass durch die Aufnahme muslimischer Menschen eine Islamisierung von statten gehe, worin sich zudem eine rassistische Annahme dokumentiert: generalisierend wird Muslimen eine Beteiligung am Islamismus unterstellt. Es zeigen sich zentrale Merkmale einer Verschwörungstheorie bzw. -mythen¹⁶: Das Geschehen in Cottbus sei ein Komplott einer verschworenen Gemeinschaft moralisch verwerflicher Akteur_innen (und nicht Ergebnis widersprüchlicher sozialer Prozesse). Diese nur schwer zu durchschaubaren Zusammenhänge könnten jedoch nur von den »Erwachten«, die die Verschwörung durchschaut haben, offenbart werden (vgl. Butter 2018: 22ff).

Fragen wir nun, wie auf die getätigte Aussage reagiert wird, so dokumentiert sich auch hier eine immanente Wahrnehmungshaltung und Interventionsform:

00:15:28 Herr K.: Also, ihre Meinung können Sie ja äußern, das haben Sie in sachlicher Form gemacht, was Sie von der Politik der Bundesregierung halten. Aber eins weise ich hier streng von mir: Dass die Stadt ein Kniefall vor dem Zuckerfest der Moslems hier getan hat. Wenn Sie Cottbuser sind, wissen Sie, dass das Stadtfest immer in der dritten Juniwoche stattfindet und das zum 27. Mal und da gab es noch gar nicht so viel Moslems [...] in Cottbus.

¹⁶ Wir beziehen uns mit unserem Begriffsverständnis auf die Definition von Juliane Wetzel. Es handelt sich bei dem hier interessierenden Phänomen nicht um (falsifizierbare, kohärente und intersubjektiv nachvollziehbare) Theorien im wissenschaftlichen Sinne, sondern um „imaginierte Modelle, die Zusammenhänge beschreiben, deren Wahrheitsgehalt gering bzw. gänzlich konstruiert ist“ (Wetzel 2010: 334).

Der Antwortende fühlt sich als Bürgermeister in der Verantwortung, die Unterstellung gegenüber der Stadt Cottbus zurückzuweisen. Dies geschieht argumentativ sachbezogen und wirksam. Auf diesem Wege der Hinwendung zu dem konkreten Beispiel aus Cottbus gerät in der Antwort jedoch die zugrundeliegende Verschwörungstheorie aus dem Blick. Unthematisiert bleiben die Zuschreibungen zulasten der Bundesregierung und der implizierte Rassismus der Aussage. Zwar deutet die Formulierung »ihre Meinung können sie ja äußern« eine Distanz gegenüber der Position des Sprechenden an. Jedoch wird der Inhalt der Aussage – die Bundespolitik habe es darauf abgesehen, dass Deutschland »ein islamistisches Land« werde – nicht aufgegriffen und ihr nicht widersprochen. Vielmehr deutet die Formulierung »das haben sie in sachlicher Form gemacht« auf eine Toleranz gegenüber der Aussage als legitimer Kritik an der Bundesregierung. Möglicherweise besteht hier aber auch ein Zusammenhang zu einem spezifischen Verständnis von Sachlichkeit (Kritik, die in »sachlicher Form« geäußert wird). Wir kommen hierauf im Weiteren zurück.

Wie wir in den vorangestellten Sequenzen bereits rekonstruieren konnten, zeigt sich auch anhand des vorliegenden Verlaufs der Kommunikation im Bürgerdialog, dass im Zuge einer immanenten Intervention der als problematisch zu bezeichnende Inhalt einer Aussage nicht (kritisch) adressiert wird. Vielmehr bleibt die verschwörungstheoretische Aussage dethematisiert und damit als mögliche Lesart bestehen. Auf diese Weise kann sich im weiteren Verlauf der Diskurs mehr und mehr in dem Rahmen, den die zitierten Teilnehmenden vorgeben, entfalten. Auf diesem Wege bleiben verschwörungstheoretische Positionen – wie exemplarisch gezeigt – und deren rassistische Implikation unwidersprochen ebenso wie Aussagen, die sich gegen Geflüchtete und deren Unterstützung richten.

3.3 Umgang mit nicht-migrationsbezogenen Redebeiträgen

Migrationsbezogene Redebeiträge werden von Teilnehmenden häufig mit Unmut und Wut geäußert. Diese Aussagen enthalten oft Differenzsetzungen zwischen einem »Wir« und den »Anderen« sowie diskriminierende Aussagen. Mit den Inhalten und der Form der Darstellung geht ein Handlungsdruck einher, der auf diejenigen wirkt, die unmittelbar darauf antworten müssen.

Themen ohne Migrationsbezug – wie z.B. Mietpreise, Straßenbau – werden von den Fragesteller_innen vergleichsweise knapp/weniger ausführlich dargestellt und sachlich-argumentativ – ohne emotionale Konnotationen – eingebracht. Beim Antwortverhalten fällt auf,

dass politisch Verantwortliche bei Fragestellungen, die nicht im Kontext Migration stehen, Inhalte der Fragestellung tendenziell eher zurückweisen und in ihrer Dimension in Frage stellen. So wird beispielsweise die Frage einer Bürgerin nach bezahlbarem Wohnraum beim Bürgerdialog in Sandow (ab 00:16:00) von zwei Vertretern der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften damit beantwortet, dass genügend preiswerte Wohnungen vorhanden seien, die Sequenz endet mit der Aussage: »Also ein Problem kann das nicht sein«. Uns geht es hier nicht um die faktische Beurteilung, ob in Cottbus bezahlbarer Wohnraum erhältlich ist und ob diese Beantwortung aus Sicht sozialer Verantwortung adäquat sei. Bedeutsam ist hier die Differenz: Das Antwortverhalten dokumentiert hier eher eine kritische Distanz zu den Aussagen und zu den Fragenden, weniger eine verständnisorientierte Nähe wie beim Thema Migration.

Zudem wird im Antwortverhalten auf Themensetzungen ohne Migrationsbezug häufig mit Sachzwängen argumentiert. So antwortet beispielsweise die Fachbereichsleiterin Grün- und Verkehrsflächen auf die Frage einer Bürgerin zum baulichen Zustand von Straßen und Radwegen beim Bürgerdialog in Sandow (ab 01:53:40) mit dem Verweis auf die Haushaltslage und die schon geschehenen Anstrengungen u.a. mit der Passage: »Das ist klar, das liegt an der finanziellen Situation, das kann man im Moment nicht ändern« (01:54:53). Auch hier zeigt sich eine Distanz gegenüber dem geschilderten Problem. Die Antwortende nimmt eine Metaperspektive in ihrer Antwort ein und es vermittelt sich kein Zögern, diese den Fragesteller wohl wenig befriedigende Antwort zu formulieren.

Aus dem fallübergreifenden Vergleich der Sequenzen heraus lässt sich also festhalten: Während beim Thema Migration im Sinne des rekonstruierten immanenten Antwortverhaltens eine sachbezogene (Neu)Rahmung der Inhalte der Fragestellung bzw. deren Zurückweisung – wie es zum Beispiel in Reaktion auf eine verschwörungstheoretische Aussage möglich wäre – unterbleibt, findet dies in Passagen statt, in denen es nicht um migrationsbezogene Themen geht.

Durch diesen unterschiedlichen Umgang mit migrationsbezogenen und nicht-migrationsbezogenen Fragen erhält das Thema Migration größere Relevanz und Aufmerksamkeit. Gleichzeitig wird die Chance vergeben, anderen Themen als Zuwanderung eine gleichwertige Relevanz in der Stadtgesellschaft zu geben. Zu fragen bleibt, ob eine emotionalisierende Darstellung von Teilnehmenden dazu führt, dass politisch Verantwortliche sich hier stärker in der Verantwortung sehen, ausführlicher zu antworten und sich bemühen, dem Konflikt verständnisorientierter und deeskalierend zu begegnen. Gleichzeitig scheint eine

bestimmte Art der Wahrnehmung migrationsbezogener Aussagen damit einherzugehen, dass Inhalte dieser Aussagen z.T. nicht entkräftet werden. Wir kommen im Weiteren darauf zurück.

3.4 »Wir« und »die Anderen« als semantisches Strukturelement

In allen von uns rekonstruierten Veranstaltungen zeigt sich eine dualistische Figur des »Wir« und »Die Anderen«, die mit unterschiedlichen Auf- und Abwertungen verbunden wird, wie wir im Folgenden zeigen. Ziel unserer Rekonstruktion ist es auch, nach der Funktion dieser Differenzsetzung zu fragen. In allen Veranstaltungen zeigt sich, dass ein Verhältnis von eng miteinander verbundenen Etablierten und Außenseitern hergestellt und verhandelt wird. Wir deuten die Funktion der Konstruktion von »Wir in Cottbus« und den »Anderen« im Sinne des Soziologen Norbert Elias (2016 [1965]) als das Anzeigen eines Etabliertenstatus. Elias zeigt in seiner Studie, wie Alteingesessene – die Etablierten – ihre Privilegien gegenüber neu Zugezogenen verteidigen und rechtfertigen.

Bestimmte Personen oder Gruppen werden auf den Bürgerdialogsveranstaltungen als von außerhalb kommend dargestellt (»die Anderen«). Mit ihnen werden überwiegend negative Zuschreibungen verbunden:

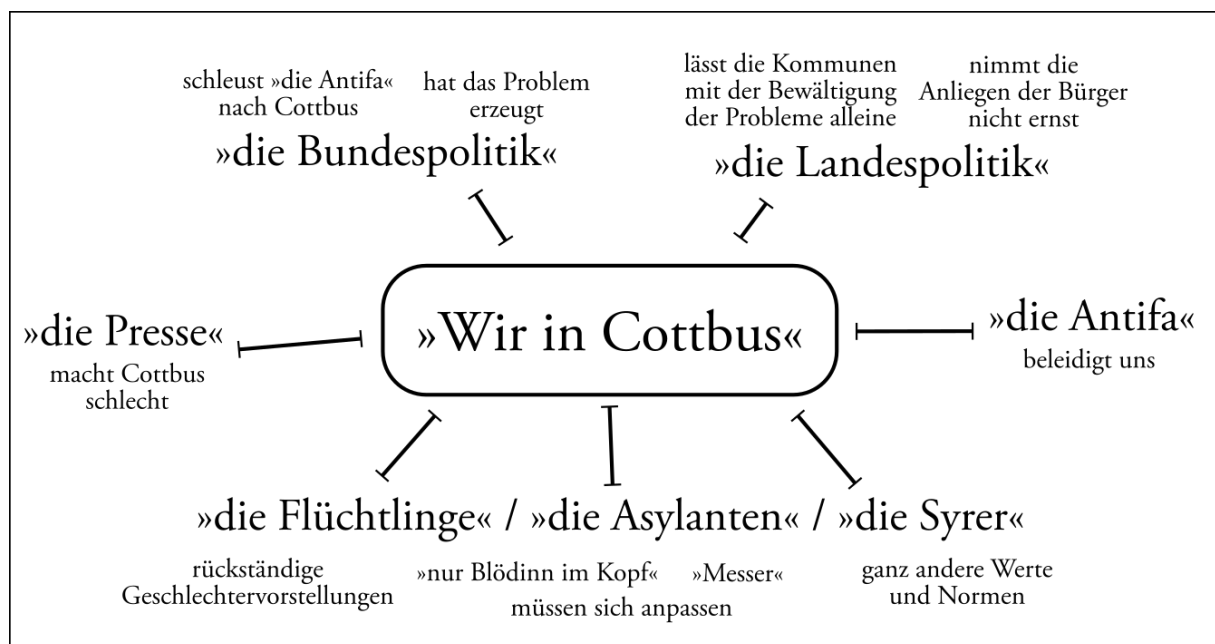
1. *Überregionale politische und journalistische Akteure.* Benannt werden bundesweite Presse und antifaschistische Demonstrant_innen, die von der Bundespolitik nach Cottbus »geschleust« (Sandow 00:14:04, siehe oben) worden seien. Sie würden Cottbus desavouieren (Herr S., Sandow 00:14:04) und zu Unrecht die Demonstrant_innen von »Zukunft Heimat« beleidigen (Frau S., Sandow 00:10:45).
2. *Neu zugezogene Geflüchtete.* Diese würden tendenziell rückständigen Geschlechtervorstellungen folgen (Frau R., Sandow, 00:58:57), hätten keine Tagesstruktur und »nur Blödsinn im Kopf« (Frau D., Sandow 01:02:00) und wollten sich nicht integrieren (Herr B., Mitte 01:01:51). Häufig wird das Stereotyp »Geflüchtete und Messer« aufgerufen (vgl. Fußnote 14). Zudem fällt auf, dass in allen Bürgerdialogveranstaltungen Geflüchtete oft abwertend als »Asylanten« bezeichnet werden, von Bürger_innen, Verwaltungsmitarbeiter_innen und politisch Verantwortlichen. Es entsteht zusammenfassend ein Bild, demzufolge Geflüchtete mehrheitsgesellschaftliche Normen und Werte nicht teilen würden und daher nicht zu den Etablierten passen.

3. *Bundes- und Landespolitik* werden für das Problem Migration verantwortlich gemacht; ihnen wird vorgeworfen, die Kommunen mit der Bewältigung allein zu lassen.

Fast alle Sprecher_innen scheinen davon auszugehen, dass neu Zugezogene, insbesondere Geflüchtete, sich anpassen müssen, umstritten ist, ob dies durch positive Anreize oder durch Strafen erreicht werden soll. Nur vereinzelt gibt es Äußerungen, die die Grenzen zwischen Eigen- und Fremdgruppe als fluide beschreiben oder betonen, dass der Kontakt zu Migrant_innen eine Bereicherung – menschlich, sozial, aber auch als Lösung des Fachkräftemangels – sein kann. Diese positiv oder neutral konnotierten Äußerungen werden im Antwortverhalten von Politik und Verwaltung jedoch nur in Einzelfällen aufgegriffen. Sie bleiben somit ohne weitere Wirkung.

Mit der ausführlichen Darstellung der »Anderen« und den damit verbundenen Wertungen wird das »Wir in Cottbus« konstituiert. In der Selbstbeschreibung bleibt es jedoch weitgehend unbestimmt. Fast alle Redebeiträge werden durch das Bekenntnis, Cottbusser_in zu sein, eingeleitet. Vor mehreren Jahren Zugezogene betonen explizit, wie lange sie bereits in Cottbus leben. Gerade für in Westdeutschland Sozialisierte scheint dies ein fast unhintergebar Schritt. Es entsteht ein lokalpatriotisches Bild, in dem das Cottbusser »Wir« als eingeklemt zwischen verschiedenen feindselig gesinnten »Anderen« steht (vgl. Abb. 1).

Abbildung 1: Konstitution des »Wir in Cottbus« durch vielfältige Abgrenzungen von den »Anderen«



Ob die Cottbusser Lokalpolitik Teil des positiv bewerteten »Wir« ist oder nicht, bleibt umstritten. Für einen Teil der Sprecher_innen gelten CDU- und SPD-

Kommunalpolitiker_innen als Teil eines abzulehnenden Establishments. Insbesondere der Oberbürgermeister der Stadt betont dagegen mit einer Abgrenzung gegenüber der Bundes- und Landespolitik seine Zugehörigkeit zur Eigengruppe der Cottbusser_innen¹⁷.

3.5 De-Thematisierung von Rassismen und Rechtsextremismus

Wir haben bis hierhin gezeigt, wie sich eine recht eindeutige Konstruktion von Eigengruppe und Fremdgruppen zu einem geteilten Deutungsrahmen verdichtet, in dem das positiv bewertete, aber inhaltlich nicht bestimmte »Wir in Cottbus« durch negativ bewertete Fremdgruppen gestört wird. Rassismus zeigt sich aber nicht erst durch die Analyse der Gesprächsdynamik. Im Themenfeld Migration erfolgen auch einzelne offen rassistische Äußerungen, so beispielsweise in Sachsendorf:

00:13:59 Herr M.: Der islamische Staat hat seine Krallen nach Cottbus ausgefahren. Syrische jugendliche Banden haben den Aufstand geprobt und haben versucht, Cottbus unter sich aufzuteilen.

In der Äußerung kommt die Konstruktion und Abwertung einer homogenen, wesentlich anderen und abzulehnenden Fremdgruppe anhand zugeschriebener Merkmale zur Sprache, mit der sich die »Wir-Gruppe« als Mehrheitsgesellschaft ihrer (im Verlauf der Bürgerdialoge) positiv bewerteten Identität versichern kann – womit die zentralen Merkmale von Rassismus (vgl. Miles 1999) vorliegen. Konkret formuliert: Eine Gruppe Jugendlicher wird anhand nationaler Kriterien als syrisch homogenisiert und ihnen werden islamistisch-gewaltförmige Aktivitäten als »Bande« in Cottbus unterstellt.

Der Rassismus in dieser (und ähnlichen) Äußerungen wird nur in Einzelfällen von Bürger_innen (in kritischer Absicht) thematisiert. So kritisiert Frau K. in Sachsendorf, dass Regelverletzungen von Geflüchteten verallgemeinert und besonders umfangreich thematisiert werden und fordert, stattdessen »auf die Leute zu[zu]gehen« (Sachsendorf, 01:31:30). Auch Herr F. betont, dass beim Thema »Ordnung« mit zweierlei Maß gemessen werde (Mitte, 01:26:45), Herr L. fragt in diesem Sinne: »Warum spricht eigentlich keiner über die typisch deutschen Dreckecken?« (Sachsendorf, 01:27:34). Diese Interventionen bleiben allerdings

¹⁷ So betont der Bürgermeister, dass die Kommunen von Land und Bund zu wenig Mittel erhalten (Mitte 00:31:35, 00:41:32 und 01:35:10, Sandow 00:54:16), die Bundespolitik Cottbus »auch ein Stück alleine gelassen« (Sandow 00:55:14) habe, die bundesweite Presse nur über die problematischen Seiten von Cottbus berichte, (Sandow 01:10:58), die Landespolitik trotz Hilferuf (Sachsendorf 01:01:55) zu spät auf Probleme reagiere (Sachsendorf 00:26:50)

Einzelfälle. Von der Stadtspitze und der Moderation werden rassistische Redebeiträge nicht als solche benannt und thematisiert. Offen bleibt, ob entsprechende Aussagen nicht als rassistisch wahrgenommen werden und daher eine Positionierung ausbleibt oder ob sie als legitime Unmutsäußerung oder aus strategischen Gründen (etwa zum Zwecke des Appeasement) unbeantwortet bleiben. Fragt man, wie auf die zitierte Sequenz geantwortet wird, so lässt sich dieser Frage weiter nachgehen. Der Bürgermeister antwortet in Reaktion auf die oben zitierte Aussage wenig später: »Ich gebe ihnen Recht, diese Gewalt, die zwischen den Flüchtlingen passiert sind, die tolerieren wir auch nicht.« (00:16:36). Herr K. greift vermutlich den zweiten Teil der Aussage auf und antwortet im Sinne ordnungspolitischer Maßnahmen der Polizei, indem er versichert, dass die Stadt »Gewalt, die zwischen den Flüchtlingen passiert«, nicht toleriere. Hier zeigt sich das bereits zuvor rekonstruierte immanente Antwortverhalten: Die Antwort dethematisiert und übergeht damit den rassistischen Gehalt der Aussage. Das Bild »der islamische Staat hat seine Krallen nach Cottbus ausgefahren« bleibt unbeantwortet, es erfolgt hierzu keine Positionierung. Vielmehr bezieht sich der Antwortende auf den daran anschließenden Teil der Äußerung, indem er die Aussage in Richtung »Gewalt unter geflüchteten Jugendlichen« auslegt und beantwortet. Implizit bestätigt wird damit die Aussage, dass »syrische Jugendliche« versucht hätten, »Cottbus unter sich aufzuteilen«. Mit dem Themenwechsel in Richtung »Gewalt unter Flüchtlingen« wird eine externalisierende Diskursfigur aufgerufen und bestätigt, die von mehreren Teilnehmenden auf den Bürgerdialogveranstaltungen eingebracht wird. Externalisierend wirkt diese Diskursfigur, da die Kontexte der Gewalt unbenannt bleiben und Gewalttaten vereinseltigend Geflüchteten zugeschrieben werden. Die Funktion dieser Diskursfigur zeigt sich gerade in ihrer externalisierenden Form: Während die Wir-Gruppe als friedliebend konstruiert wird, gilt die Fremdgruppe als gewalttätig und wird abgewertet. Was unbenannt bleibt, sind gewalttätige Übergriffe rechtsextremer Jugendlicher auf Geflüchtete, so werden z.B. am 01.01.2018 junge Geflüchtete in ihre Unterkunft verfolgt und auch dort noch zusammengeschlagen (vgl. Fröschner/Warneke 2019: 11).

Rechtsextreme Gewalt gegen Geflüchtete bleibt auf diesem Wege unbenannt, es zeigt sich hier eine strukturelle Ähnlichkeit zur Dethematisierung der Demonstrationen von »Zukunft Heimat« als Ausgangsmotiv für die Bürgerdialoge. Während Rassismus und Rechtsextremismus kaum explizit problematisiert werden, beklagen Bürger_innen mehrfach, als Nazis beschimpft zu werden, wenn sie bei »Zukunft Heimat« demonstrieren oder sich gegen den Zuzug von Geflüchteten positionieren. Hier ein Beispiel aus Sandow:

00:10:45 Frau S.: Und ich frage mich, warum kann sich eine junge Frau bei einer Gegendemo, die überhaupt nichts mit der Nazizeit zu tun hat – und ich Gott sei Dank und wir hier alle wohl auch nicht – hinstellen und über den ganzen Marktplatz brüllen: »Die Nazis lassen uns hier nicht durch. Schreit mit mir alle Antifaschist und Alata, alata«, was auch immer das heißen mag. Es ist furchtbar. Nur, weil ich mit diesem ganzen System dort oben nicht einverstanden bin, mit der ganzen Politik und was in unserem Land hier vorgeht, muss ich mich als Nazi beschimpfen lassen? Ich habe diese Frau auch nicht beleidigt und ich werde trotzdem weiter auf die Straße gehen, weil ich diese Zustände hier nicht mehr ertrage.

Herr D. antwortet wenig später auf diesen Redebeitrag:

00:12:51 Herr D.: Also ich würde zu dem Statement gerne etwas sagen. Ich kann Ihren Unmut absolut verstehen und ich stimme ihnen vollkommen zu, dass es überhaupt keinen Sinn macht, sich gegenseitig zu beschuldigen. Und genau deshalb sitzen wir heute hier, um es besser und anders zu machen, aber ansonsten, Sie haben vollkommen recht, dass es für keine Seite zuzumuten ist, sich von der anderen Seite beleidigen zu lassen, nur weil man eine andere politische Einstellung hat. Das kann nicht sein und das wollen wir heute abend hier versuchen anders zu machen. Deshalb danke ich Ihnen für ihre klare Meinungsäußerung.

Herr D. zeigt sich verständnisvoll und zustimmend gegenüber Frau S. und ihrer Aussage. Für ihn steht im Vordergrund, jeglichen Formen von Beleidigungen eine Absage zu erteilen. Was er dabei nicht benennt, ist die Eigenverantwortung von Demonstrationsteilnehmenden: Bürger_innen, die an einer Demonstration teilnehmen, müssen davon ausgehen, dass sie als Teil der Gruppierung gesehen werden und deren Ziele teilen. Ebenso wie in den zuvor rekonstruierten Sequenzen, in denen rassistische Aussagen von Teilnehmenden nicht kritisiert oder zumindest angesprochen werden, bleiben hier die rassistischen Inhalte von »Zukunft Heimat« unbenannt. Frau S. wird nicht – wie gedankenexperimentell möglich – gefragt, wie sie denn die Inhalte der Plakate auf den Demonstrationen einordnet und warum Außenstehende dementsprechend auf die Idee kommen, Teilnehmende als Nazis zu bezeichnen. Wenn es das Ziel der Veranstaltenden ist, Demonstrierende von »Zukunft Heimat« wieder in den demokratischen Diskurs zurück zu holen, so lässt sich an dieser Stelle fragen, ob dieses verständnisorientierte, unkritische bzw. konfliktvermeidende Vorgehen zielführend ist. Mit dem Dank für die Aussage und dem geäußerten Verständnis wird bestätigt, dass die geschilderte Situation kein fairer, wünschenswerter Umgang sei. Die Empörung von Frau S., die implizit auch als Opferdarstellung gelesen werden kann, wird auf diesem Wege nicht hinterfragt. Dass sich extrem rechte Akteur_innen als Opfer einer linken, liberalen oder antirassistischen Meinungsmacht darstellen können, wird so bestärkt.

Was sich jedoch in den Bürgerdialogen zeigt, ist eher das Gegenteil einer vom völkisch autoritären Diskurs unterstellten liberal-antirassistischen Meinungsmacht: Rassistische und verschwörungstheoretische Aussagen werden gerade nicht als solche bezeichnet oder kritisiert. Die Themen »Rassismus und Rechtsextremismus als Problem« werden – im Unterschied zu »Migration als Problem« – dethematisiert. Rassistische Aussagen werden – abgesehen von

Ausnahmen¹⁸ – nicht benannt und nicht problematisiert. Rechtsextreme Gruppierungen ebenso wie rechtsextrem motivierte Gewalttaten werden als solche nicht benannt, sondern thematisch ausgespart. Auf diesem Wege – so zeigt unsere Rekonstruktion – erfahren zentrale Elemente einer völkisch-autoritären Weltanschauung im Diskursverlauf Akzeptanz und Bestätigung.

Abwehr von Rassismuserfahrungen

Generell scheinen von Rassismus betroffene Cottbusser_innen nur in sehr geringer Anzahl an den Bürgerdialogen teilzunehmen (zur geringen Diversität der Veranstaltungen s.u.). Persönlich Betroffene melden sich nur äußerst selten zu Wort. Wenn man sich diese einzelnen Aussagen anhört, so fällt auf, wie schwer es der sprechenden Person jeweils zu fallen scheint, diese Erfahrungen in der bestehenden migrationsfeindlichen Atmosphäre zu artikulieren und sich Raum hierfür zu nehmen. Durchaus gibt es auch solidarische Stimmen von Unterstützter_innen, die auf Rassismuserfahrungen im Alltag und deren Folgen verweisen, diese werden jedoch weder von der Moderation noch den politisch Verantwortlichen verstärkend aufgegriffen und bleiben in ihrer Wirkung somit begrenzt. An einer Stelle kommt es zu einer Infragestellung dargestellter Rassismuserfahrungen, wie die folgende Passage aus Sachsendorf zeigt:

- 01:05:01 Herr H.: Ich bin seit zwei Jahren in Deutschland und ich lebe in Cottbus [...] Meine Frage: Ich will wissen, warum viele Leute hassen die Flüchtlinge. [...]
- 01:05:32 Herr D.: Die Leute hassen euch nicht, überhaupt nicht, sondern wir leben in einem Land mit einer humanistischen Grundhaltung. Das glaube ich im Namen aller Deutschen sagen zu können. Die Deutschen sind ein Volk, die immer bereit sind, jemand zu helfen, der Schutz braucht [...]. Im Großen und Ganzen eine Grund-Gastfreundschaft besteht gegenüber denen, die wirklich Schutz brauchen und die bereit sind, sich in unserer Gesellschaft zu integrieren.

Auf die offene Frage nach der Ursache wahrgenommener Feindschaft gegen Geflüchtete antwortet hier der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, indem er diese Erfahrungen negiert. Er verweist abstrakt auf eine »humanistische Grundhaltung [...] aller Deutschen« und »Gastfreundschaft«. Wenn man die Aussage der fragenden Person mit der hohen Anzahl an rassistischen und rechtsextremen Straf- und Gewalttaten sowie alltagsrassistischen »Vorfällen« kontextualisiert, die der Verein »Opferperspektive« für die Stadt Cottbus fachlich auswertet

¹⁸ In den untersuchten Veranstaltungen finden sich insgesamt neun Aussagen, in denen sich Sprechende gegen Rassismus positionieren. Drei Personen thematisieren sehr deutlich eigene Betroffenheit als Migrant_innen, sechs Personen vermutlich ohne (jüngere) Migrationsgeschichte beziehen sich hierauf aus antirassistischer Perspektive solidarisch.

und dokumentiert (vgl. Fröschner/Warnecke 2019: 11), lässt sich fragen, welche Funktion diese Ausblendung von Rassismus und rechter Gewalt hat. Die Stadt wird auf diesem Wege als der »gute Ort« für alle beschrieben und aus einer paternalistischen Position eine einseitige Integrationsleistung der Neuankommenden eingefordert. Vor dem Hintergrund der deutschen Verbrechen und des Massenmordes im Nationalsozialismus lässt sich die Aussage des Kommunalpolitikers, derzufolge »Die Deutschen ein Volk [sind], die immer bereit sind, jemand zu helfen, der Schutz braucht« auch als Abwehr gegenüber der Täterschaft im NS lesen.

Im weiteren Verlauf dieser Bürgerdialogveranstaltung fragt ein Student, der sich als Cottbusser und Tschetschene vorstellt, wie es zu einer generalisierenden, einseitig Schuld zusprechenden Aussage über »Tschetschenen und ihre Netzwerke« in der Cottbusser Lokalpresse durch den Bürgermeister gekommen sei. Darauf antwortet dieser:

00:48:22 Herr K.: [...] Sie sind, zeigen eigentlich auch mit ihrer Fragestellung, mit Ihrer Bemerkung, dass das eben nicht alle Tschetschenen sind und das sind in auch nicht immer alle Ausländer und auch nicht alle Asylbewerber und auch nicht alle Cottbusser. Und genau das ist wieder mal verkürzt dargestellt. [...] Ich finde es erst mal bemerkenswert, dass Sie sehr gut Deutsch sprechen, also das ist ein Anerkenntnis. [Applaus] Offensichtlich haben Sie sich hier sehr gut integrieren können. [...] Ich würde Sie aber bitten, auf ihre Landsleute zuzugehen, auch im Flüchtlingsheim, und dafür zu sorgen, dass nicht Flüchtlinge untereinander die Messer zücken und sich schlagen.

Herr K. bewertet die in der Frage enthaltene Differenzierung als »richtig«. Generalisierende Aussagen über ethnisch oder national konstruierte Gruppen seien »verkürzend« und daher keine angemessene Darstellung. Die implizierte Kritik richtet sich externalisierend vermutlich an Journalist_innen, (weniger an seine eigene Person, was zumindest auch denkbar gewesen wäre). In der daran anschließenden hier nicht abgedruckten Antwortpassage (von 25 Sekunden) geht es Herrn K. darum, die kritisierten Aussagen in einen Kontext mit polizeilichen Ermittlungen über einen noch nicht abgeschlossenen Fall zu stellen. Daran schließt eine Sequenz an, in der Herr K. den Fragenden hinsichtlich seiner Deutschkenntnisse positiv bewertet und dessen »gute Integration« nahelegt. Formuliert wird diese – sicherlich »gut gemeinte«, da als Anerkennung beabsichtigte Äußerung aus einer paternalistischen Haltung heraus. Diese wird gleichzeitig mit einer Bitte verbunden, sich um die »Landsleute« zu kümmern und deren Gewalttätigkeit einzuhegen. An dieser Stelle unterläuft Herr K. seine vorhergehende Zustimmung zur Aussage des Fragenden, der zufolge generalisierende Gruppenkonstruktionen und Zuschreibungen inkorrekt sind und reproduziert damit das rassistische Stereotyp (des gewalttätigen Tschetschenen). Denn der Fragesteller wird hier als Ausnahmeerscheinung unter den Tschetschenen dargestellt.

Wird in der ersten Passage von politisch Verantwortlichen eine Differenzsetzung impliziert zwischen »guten« Geflüchteten, die Schutz suchen, und »schlechten« Geflüchteten, die aus anderen Gründen migrieren, so wird in der zweiten Passage unterschieden zwischen »guten« Migrant_innen, die sich anpassen und »schlechten«, die die Integration verweigern. In beiden Passagen entsteht eine homogenisierende Darstellung der »Anderen«, mit der das grundlegende Strukturprinzip des Redens zwischen einem »wir« und den »Anderen« eine Bestätigung erfährt. Hier zeigt sich, dass die Antwortgebenden aus dieser Differenzkonstruktion nicht aussteigen, – wie es aus einer universalistischen Position heraus beispielsweise möglich wäre. Vielmehr wird die Differenzsetzung im Diskursverlauf bestätigt und z.T. mit abwertenden Zuschreibungen gegenüber der Fremdgruppe verbunden. Auf diesem Wege gelingt es nicht, aus rassistischen Differenzkonstruktionen auszusteigen – wie die entsprechenden Aussagen dokumentieren.

4 Die Relevanz von Regeln und Sachlichkeit im Diskursverlauf

Während wir im vorhergehenden Kapitel die Inhalte des Gesagten auf den Veranstaltungen rekonstruiert haben, fragen wir im Folgenden, welche Relevanz für den Verlauf des Diskurses bestimmte Regeln erhalten, die für die Veranstaltungen aufgestellt werden. Zu Beginn der Bürgerdialoge werden diese von der Moderation jeweils kurz benannt und vorgestellt, hier das Beispiel aus dem Stadtteil Sandow

00:05:37 Herr W., Moderator: Die Dialoge haben bisher dadurch profitiert, dass wir uns alle an bestimmte Regeln gehalten haben. [...] Natürlich gelten für uns hier erst mal die Regeln des Anstandes, dass man miteinander ordentlich umgeht, dass man sich gegenseitig zuhört. Dann finden wir, gerade wenn das Haus so voll ist wie hier, ist sehr wichtig, [...] dass sie versuchen auf die Länge beziehungsweise Kürze ihres Beitrages zu achten [...]

Die aufgestellten Regeln für die Veranstaltungen sind formell bestimmt. Die Aufmerksamkeit ist damit auf die Form des Kommunizierens gelegt, weniger auf den Inhalt des Gesagten. Gleichzeitig bleiben die formalen Regeln in ihrer Ausführung zumindest partiell abstrakt. Somit ist ungeklärt, was genau unter »Anstand« zu verstehen sei, offen bleibt auch, wieviel Zeit konkret unter »Kürze des Beitrages« gemeint sei. Versucht man anhand des empirischen Materials zu klären, was unter »Anstand« gemeint sein könnte, so fallen zu allererst mehrfache Bezüge auf eine »Sachlichkeit« von Aussagen auf. So stellen Verantwortliche der Veranstaltungen positiv heraus, dass eine Aussage sachlich getätigt worden sei oder es erfolgt ein Dank dafür.¹⁹ Betrachtet man diese Sequenzen im Detail, so zeigt sich ein spezifisches

¹⁹ Bereits in Abschnitt 3.2.3 und 3.5 haben wir Passagen zitiert, in denen dies geschieht. So bringt beispielsweise

Verständnis von Sachlichkeit. Exemplarisch dokumentiert sich dies an der bereits unter 3.2 zitierten Sequenz, in der Herr S. der Bundesrepublik eine gezielte Islamisierungs-Strategie unterstellt:

00:14:04 Herr S.: Die Demonstranten [wurden] nach Cottbus reingeschleust. [...] Das Ganze war zentral organisiert, nicht von Cottbus, sondern von Außerhalb, man könnte auch sagen von der Bundespolitik. [...] Ich vermute, dass die Bundespolitik es darauf abgesehen hat, dass Deutschland ein islamistisches Land werden soll ...

Die Antwort des Bürgermeisters – sie erfolgt nach einer weiteren Argumentation von Herrn S. über die Beteiligung der Stadt an dieser vermeintlichen Strategie – legt nahe, dass die Aussage aufgrund ihrer vorgebrachten »Sachlichkeit« legitim sei: »Also, ihre Meinung können Sie ja äußern, das haben sie in sachlicher Form gemacht« (Sandow 00:15:28). Nimmt man weitere Sequenzen hinzu, in denen auf die Sachlichkeit einer Aussage verwiesen wird, so wird deutlich, dass die Definition dessen, was als »sachlich« gilt, (ausschließlich) anhand von Emotionalität getroffen wird: Solange Aussagen wenig emotionalisiert vorgebracht werden, gelten sie als legitim. Auch wenn im Alltagsverständnis Sachlichkeit häufig in diesem Sinne verstanden wird, so gerät damit jedoch die inhaltliche Seite bzw. die inhaltlich begründbare Nachvollziehbarkeit, die sachliche Aussagen ausmachen, aus dem Blick. Hilfreich ist hier der Bezug auf die Ausführungen des Soziologen und Philosophen Jürgen Habermas in seiner Theorie kommunikativen Handelns (vgl. Habermas 1981). Demzufolge sind Beteiligte an einem sachbezogenen Gespräch verpflichtet, sich an rational begründbaren Argumenten zu orientieren. Diese Bedingungen, die Habermas im Sinne einer »idealen Sprechsituation« als Voraussetzung kommunikativen Handelns entwirft, erlauben die gleichberechtigte Teilhabe am herrschaftsfreien rational-argumentativen Diskurs: Alle Gesprächspartner_innen können Beiträge einbringen, deren Geltungsanspruch darlegen und auf eigene Bedürfnisse verweisen, so sie sich denn rational begründen lassen. Eine an gegenseitiger Verständigung orientierte Kommunikation schließt strategische Ziele und Einflussnahmen auf das Gegenüber, die sich nicht rational herleiten, aus (vgl. Habermas 1988: 75).

Mit einem ausschließlichen Bezug auf (ausbleibende) Emotionalität wirkt das Verständnis von Sachlichkeit verkürzend. Auf diesem Wege wird die Aufmerksamkeit abgelenkt bzw. nicht gerichtet auf die Frage der Begründbarkeit der Aussage: Wodurch lässt sich belegen, dass die Bundesrepublik diese Strategie verfolge? Womit lässt sich begründen, dass Demonstrierende

Frau S. in Sandow (ab 00:10:45) ihre Ablehnung zu »diesem ganzen System dort oben« zum Ausdruck, wofür sich einer der Veranstaltenden bedankt.

nach Cottbus »reingeschleust« worden seien? Wenn es zu diesen Fragestellungen kommt und in deren Folge zu einer inhaltlichen Aushandlung, so sind die Beteiligten auf begründbare Faktizität verpflichtet. Einerseits erhöht sich damit die Wahrscheinlichkeit, dass verschwörungstheoretische Aussagen delegitimiert werden oder auch generalisierende Gruppenzuschreibungen hinterfragt werden (denn sie lassen sich faktisch nicht begründen). Andererseits ist der Diskurs auf diesem Wege der Gefahr ausgesetzt, in eine Art »Kampfdiskussion« um das »richtige Argument/Wissen« zu geraten. Auch Hetze (vgl. 2020: 149ff.) verweist darauf, dass Veranstaltungen, in denen sich Teilnehmende in hohem Maße vom Thema Zuzug Geflüchteter betroffen fühlen und dementsprechend emotionalisiert in den Diskurs einbringen, der Rahmen der Sachlichkeit fragil oder dysfunktional werden kann. Emotionale Impulse der Teilnehmenden können Rahmenbrüche verursachen, die als Verletzung der »Regeln des Anstands« gedeutet werden. Hetze empfiehlt nach längerer Abwägung für diese Ausgangssituationen kleinere Veranstaltungsformate, in denen eine größere Direktheit der interpersonalen Kommunikation möglich sei. Auch wenn diese Veranstaltungen durch die geringere Anzahl von Teilnehmenden ressourcenintensiver seien, sind sie nicht auf Sachlichkeit angewiesen. Gerade die kleinere Gruppengröße ermögliche es, »mit Persönlichkeit um[zugehen und dadurch individuelle Beweggründe offen[zulegen]« (Hetze 2020: 152).

Fragen wir abschließend noch einmal, wie das in den Cottbusser Bürgerdialogen deutlich gewordene, verkürzte Verständnis von Sachlichkeit den Diskursverlauf beeinflusst, so lässt sich zeigen, dass auf diesem Wege Aussagen als legitim erklärt werden, deren Inhalt faktisch nicht begründet wird. Hierzu lassen sich Aussagen zählen, die als verschwörungstheoretisch und rassistisch gelten können. Insofern ließe sich formulieren, dass mit dem verkürzenden Verständnis von Sachlichkeit eine eingeschränkte Kritikfähigkeit einhergeht. Gleichzeitig steht dies mit einer spezifischen Wahrnehmungshaltung gegenüber solchen Aussagen im Zusammenhang: Dass sie nicht als solche wahrgenommen und nicht analysiert werden, scheint auch mit inhaltlichen Anschlüssen an die Differenzkonstruktion »Wir« und »die Anderen« im Zusammenhang zu stehen. Konkret auf das Beispiel bezogen formuliert: Die Kritik des Bürgermeisters an der Aussage fokussiert (verständlicherweise) zunächst die Anwürfe gegenüber Cottbus. Dass die Verschwörungstheorie gegenüber der Bundesregierung durch ihn keine Kritik erfährt, mag auch damit im Zusammenhang stehen, dass der Dualismus »Die wirksame Kommunalpolitik« vs. die »uns allein lassende Bundespolitik« den Aussagen als strukturierendes Element zugrunde liegt.

5 Fazit und weiterführende Überlegungen

Die Entscheidung, Bürgerdialoge in der eingangs beschriebenen Situation in Cottbus zu initiieren, zeigt zu allererst eine Orientierung am Ideal einer deliberativen Demokratie. Dass sich Cottbuser Lokalpolitiker_innen hierfür entscheiden, zeigt ihr Verantwortungsgefühl für das Miteinander in der Stadt und ist im Sinne eines demokratischen und partizipativen Aushandlungsprozesses zu begrüßen. Mit dem Einbezug der verschiedenen Verantwortlichen aus der Stadtverwaltung signalisiert die Kommunalpolitik, dass das wahrgenommene Legitimationsdefizit wahr- und ernstgenommen wird: Bürger_innen erhalten die Möglichkeit, sich mit ihrer Meinung einzubringen, gehört zu werden und mit den verschiedenen politisch Verantwortlichen in den direkten Austausch zu treten. Das Ermöglichen direkter Kommunikation an kleinen Stehtischen am Ende der jeweiligen Veranstaltung – Lokalpolitiker_innen und Verwaltungsmitarbeitende stehen an Stehtischen für direkte Nachfragen oder ein Wiederaufgreifen von Fragen aus der Diskussion bereit – signalisiert zu allererst die Dialogbereitschaft, Übernahme von Verantwortung und Veränderungsabsicht.

Vor dem Hintergrund unserer Fragestellung, welchen Verlauf die Veranstaltungen angesichts völkisch autoritärer Diskursstrategien nehmen, lassen sich folgende Ergebnisse zusammenfassen. Wir plädieren im Anschluss daran für verschiedene Modifizierungen.

Zusammenfassend können wir festhalten, dass mehrere Entscheidungen bei der Vorbereitung und Durchführung der Bürgerdialoge sowie ein spezifisches Antwortverhalten zu folgendem Verlauf der Veranstaltungen beitragen:

- Die Veranstaltungen werden zu einer großen Anzahl von Teilnehmenden besucht, die sich von Positionen auf »Zukunft Heimat«-Demonstrationen angesprochen fühlen, diese teilen oder hiermit sympathisieren. Darauf deutet, dass viele der getätigten Aussagen sich in einer Weise kritisch zu migrationsbedingten Änderungen in der Stadt äußern, indem sie antimuslimisch-rassistische oder verschwörungstheoretische Positionen formulieren. Entsprechende Beiträge werden oft von vielen Teilnehmenden langanhaltend beklatscht/applaudiert. Sachbezogene Wortbeiträge ohne Migrationsbezug oder auch kritische Positionen zu den völkisch autoritären Entwicklungen in der Stadt werden durchaus, wenn auch deutlich seltener formuliert und getätigt, z.T. wird hier auch kurz von Wenigen applaudiert. Im Vergleich erhalten diese Beiträge jedoch geringere Aufmerksamkeit; das geschieht einerseits dadurch, dass Beiträge ohne formulierte Frage unkommentiert stehenbleiben oder sachbezogen sehr

knapp beantwortet werden. Generell sind die Veranstaltungen dementsprechend von einem vergleichsweise homogenen Publikum besucht. Die geringe Diversität der Teilnehmenden und damit auch die inhaltliche Breite der Wortbeiträge sind lediglich im Stadtteil Sachsendorf verändert: Die professionelle Vorbereitung durch den Stadtteilmanager ermöglicht hier eine Diversifizierung der Anwesenden und ermöglicht damit auch einen veränderten Diskursverlauf (vgl. 5.3.).

- Eine ausbleibende Problem-Bestimmung und mangelnde Positionierung gegen völkisch autoritäre und extrem rechte Mobilisierung der Veranstaltenden öffnet den Raum für einen Diskurs, in dem rassistische und verschwörungstheoretische Aussagen von Teilnehmenden getätigt werden und unkommentiert stehen bleiben. Wenn mit den Dialog-Veranstaltungen auch die Zielsetzung verbunden ist, Akteure, die mit »Zukunft Heimat« sympathisieren, in den demokratischen Diskurs zurück zu holen, so ist diese verständnisorientierte, Widerspruch-vermeidende Haltung wenig zielführend. Sie wirkt vielmehr legitimierend und bestätigend.
- Unterstützt wird dieser Verlauf dadurch, dass es inhaltliche Anschlussstellen zwischen antwortender Verwaltung/Politik und völkisch-autoritären Aussagen seitens Teilnehmender zu geben scheint. Wir haben dies als immanentes Antwortverhalten rekonstruiert. Inhaltliche Anschlussstellen an z.B. abwertende, gegen Geflüchtete gerichtete Zuschreibungen eröffnen sich, wenn Antwortgebende ebenfalls die Konstruktion von »Wir« und »die Anderen« vertreten. Wird aus dieser Differenzkonstruktion nicht wirksam ausgestiegen – wie es zum Beispiel durch universalistische Antworten einer Gleichwertigkeit aller möglich wäre – wird einer rassistischen Konstruktion nichts entgegengesetzt. Diese Aussagen entfalten somit ihre Wirkung.
- Die verwendeten »Regeln des Anstandes« und ein damit verbundenes verkürzendes Verständnis von Sachlichkeit, sind nicht hinreichend, um Rassismen und Verschwörungstheorien wirksam zu entgegnen. Das deutlich gewordene Verständnis von Sachlichkeit – eine Aussage sei unabhängig von ihrem Inhalt sachlich, wenn sie ruhig und ohne Emotionalität vorgebracht wird – führt im Zusammenhang mit einer geringen Sensibilität für Rassismus und Verschwörungstheorien dazu, dass diese Aussagen als legitim stengelassen werden. Mit einer geringen Beachtung der problematischen Inhalte von Aussagen kommt es zu deren – wenn auch ggf. unintendierten – Tolerierung: Die ausbleibende Reaktion, der zum Teil geäußerte Dank

führen dazu, dass diese Aussagen als legitimer Teil des demokratischen Diskurs anerkannt werden. Statt der ursprünglich angenommenen Wirkung der Bürgerdialoge – durch »Dampf ablassen« verringert sich Unmut in Teilen der Bevölkerung – tritt etwas anderes ein: Die Akzeptanz (»sachlich« vorgebrachter) rassistischer oder verschwörungstheoretischer Inhalte erlaubt es völkisch-autoritären Akteur_innen, ihre Deutungen als die Relevanten im Diskurs zu positionieren.

- Die mangelnde Diversität der teilnehmenden Bürger_innen, insbesondere die geringe Anwesenheit von marginalisierten Gruppen, führen zu einem Verlauf, in dem hegemoniale Positionen der Mehrheitsangehörigen dominieren. Von Rassismus Betroffene, die sich auf den Veranstaltungen zu Wort melden, sind mit einem »Othering« und rassistischen Zuschreibungen konfrontiert. Ein Schutz vor Diskriminierung ist hier kaum oder auch nicht gegeben.
- Erfolgreiches rechtes Agenda-Setting zeigt sich so schon lange bevor Abgeordnete der AfD sich am Ende einer Veranstaltung (vgl. Sandow ab 01:49:48) positiv auf die dominant artikulierten völkisch-autoritären Inhalte beziehen und versichern können, dass ihre Partei die daraus folgenden Forderungen umsetze.

Wie ließen sich angesichts dieser Ergebnisse die Bürgerdialoge alternativ konzipieren, vorbereiten und umsetzen? Allgemeiner gefragt: Wie ist in öffentlichen Diskursen ein demokratischer Dialog angesichts völkisch-autoritärer Strategien zu bewahren?

5.1 Schutz vor Diskriminierung als notwendige Bedingung von Partizipation

Wir schlagen vor, in der Vorbereitung zu klären, was ein demokratisches, partizipatives Miteinander ausmacht. Die Entscheidung für Bürgerdialoge zeigt eine Orientierung am Ideal einer deliberativen Demokratie, in der »durch den Austausch von Argumenten in einem machtfreien Diskurs Verständigung oder sogar ein Konsens erzielt werden [kann]« (Landwehr 2012: 355). Notwendige Bedingung für diesen »machtfreien Diskurs« ist allerdings die Möglichkeit, sich tatsächlich an diesem Prozess zu beteiligen (vgl. ebd: 360f.) Liegt jedoch eine Gesprächsdynamik vor, in der marginalisierte Gruppen sich nicht beteiligen können, da ihnen die Möglichkeit der Partizipation faktisch nicht offen steht – weil sie nicht zum »Wir« der Alteingesessenen gehören und/oder als Teil einer feindlichen Fremdgruppe gesehen werden und die Teilnahme an der Veranstaltung für sie daher mit einem Bedrohungsszenario verbunden

ist (vgl. Young 2002:442), so ist auch die Möglichkeit des machtfreien Diskurses nicht gegeben. Insofern gehört Schutz vor Diskriminierung zwingend zu einem demokratischen Miteinander, nicht nur demokratietheoretisch, sondern auch verfassungsrechtlich entsprechend dem ersten Artikel Grundgesetz »Die Würde des Menschen ist unantastbar«.

Um Diskriminierungsschutz zu gewährleisten, ist es – so legen unsere Ergebnisse nahe – nötig, über das Formale hinausgehende Regeln des respektvollen Miteinanders festzulegen und inhaltlich zu begründen. Ein Schwerpunkt würde hier auf der Klärung der Schutzfunktion gegenüber diskriminierten Gruppen liegen. Im Sinne einer Fehlerfreundlichkeit, wie Urmila Goel (2016) sie in Bezug auf (Hochschul)Lehre entwickelt, sollten Interventionen als Lernmöglichkeit und nicht moralisierend gestaltet werden. Im Sinne politischer Bildungsarbeit kann ein Fokus auf die faktenbezogene Geltung von Aussagen gelegt werden. Anders gesagt: Mythen, unbelegte Gerüchte und Verschwörungstheorien sollten von vornherein eine Absage erteilt werden bzw. der Versuch unternommen werden, die Teilnehmenden im Sinne einer Selbstverpflichtung dahingehend zu sensibilisieren, dass sie ihre Aussagen sachbezogen begründen.

5.2 Regeln qua Form und Inhalt klären

Sinnvoll ist es, – so legen unsere Ergebnisse nahe – am Beginn öffentlicher Diskussionsveranstaltungen über das Formale hinausgehende Regeln des demokratischen Miteinanders festzulegen. Basis kann die Frage sein: Wie wollen wir miteinander umgehen? Hierfür wäre es sinnvoll, entsprechende Regeln des gegenseitigen Respekts vorzustellen und inhaltlich zu erläutern. Einen Schwerpunkt würden wir hierbei auf die Klärung der Schutzfunktion gegenüber diskriminierten Gruppen erläutern. Hilfreich kann die Aufklärung darüber sein, dass diskriminierende, zum Beispiel rassistische Aussagen mit einer Konstruktion homogener Eigen- und Fremdgruppen und wertenden Zuschreibungen einhergehen/beginnen. Denkbar ist, dass Moderator_innen am Beginn von Veranstaltungen an einem Beispiel (er)klären, was solche Aussagen (sprachlich) beinhalten, welche Wirkung sie haben und wie sie umgangen werden können. Sinnvoll wäre es, anzukündigen, dass im Verlauf der Veranstaltung darauf geachtet und hingewiesen wird, wenn eine diskriminierende Aussage getätigt wird. Es geht dabei nicht darum, die sprechende Person vorzuführen, vielmehr um das Insistieren auf ein diskriminierungskritisches Miteinander und den Schutz der Betroffenen von Diskriminierung. Das heißt auch, dass eine Intervention als Lernmöglichkeit und nicht moralisierend gestaltet werden sollte.

Zudem sollte geklärt werden, dass Aussagen – soweit möglich –, in ihrer faktenbezogenen Geltung begründet werden. Anders gesagt: Mythen, »fake news«, unbelegte Gerüchte und Verschwörungstheorien sollten von vornherein eine Absage erteilt werden bzw. der Versuch unternommen werden, die Teilnehmenden im Sinne einer Selbstverpflichtung dahingehend zu sensibilisieren, dass sie ihre Aussagen sachbezogen begründen.

5.3 Partizipation und Diversität – eine Chance und Aufgabe für Gemeinwesenarbeit

Bürgerdialogsveranstaltungen zielen darauf ab, die verschiedenen Gruppen, die im Stadtteil wohnen, zu repräsentieren. Gemeinwesenarbeit verfolgt das Ziel einer inklusiven Gesellschaft (vgl. Riede u.a. 2016), – nicht nur in der Arbeit mit Geflüchteten. Vielfältige Forschung im Bereich Diskriminierung zeigt, dass es für marginalisierte, (strukturell) benachteiligte Gruppen – häufig sehr viel schwerer ist, gleichberechtigt zu partizipieren (vgl. Scherr u.a. 2017). Auch in den von uns untersuchten Veranstaltungen dokumentiert sich, wie die Etablierten den Diskurs dominieren können, wenn keine Regelungen getroffen werden, um Marginalisierten die Chance auf Partizipation zu geben. Gaby Strassburger (2015) arbeitet heraus, inwiefern professionelle Stadtteilarbeit eine »integrative Kraft« im Zuge der Aufnahme Geflüchteter entwickeln kann. Interviewte Fachkräfte beschreiben, dass sie in der Vorbereitung von Bürgerversammlungen darauf abzielen, alle Einwohnenden ausgewogen zu informieren, Raum für Fragen zu geben, Debatten zu versachlichen. Präventiv wird versucht, »Gruppierungen zu begrenzen, die durch einseitige und tendenziöse Informationen Ängste schüren« (ebd.). Diese Ergebnisse lassen sich durch unsere Forschung bestätigen und in Richtung Antidiskriminierung erweitern. Der fallübergreifende Vergleich zeigt, dass eine Diversifizierung unter den Teilnehmenden zu beobachten ist, wenn ein professioneller Gemeinwesenarbeiter wie im Stadtteil Sachsendorf die Veranstaltung vorbereitet. So nehmen an dieser Veranstaltung einzelne Personen mit Migrationserfahrung teil und äußern sich – ein maximaler Kontrast. Ebenfalls sind häufiger rassismuskritische Stimmen zu hören. Möglicherweise melden sich diese hier auch nur häufiger zu Wort als in den anderen Stadtteilen – das muss im Vergleich offen bleiben. Dennoch: Auch wenn auf dieser Veranstaltung – ähnlich wie auf den anderen Veranstaltungen – völkisch autoritäre Positionen häufig geäußert werden, so sind diese mehrfach durch kritische Stimmen unterbrochen.

Der Gemeinwesenarbeiter in Sachsendorf sah die Vorbereitung der Veranstaltung als Teil seiner Arbeit. Er hat menschenrechtlich engagierte, alteingesessene und neuzugewanderte

Einwohner_innen angesprochen und eingeladen. Personen mit geringen Deutschkenntnissen wurden in der Vorbereitung unterstützt, sich zu Wort zu melden. Dies beinhaltete neben der sprachlichen Hilfe auch die Unterstützung zum Empowerment, sich in einer migrationsfeindlichen Atmosphäre zu ermächtigen und zu äußern. Im Expertengespräch mit dem Gemeinwesenarbeiter zeigt sich eine Orientierung am politischen Mandat der Menschenrechtsprofession Sozialer Arbeit, ein Demokratieverständnis, demzufolge Neuzugewanderte nicht nur das selbstverständliche Recht auf Partizipation zusteht sondern auch ein Wissen um die hierfür notwendige Unterstützung und Vorbereitung. Zudem zeigt sich eine antidiskriminierende Haltung und ein Verständnis, demzufolge der Schutz vor Diskriminierung notwendige Bedingung für das Ermöglichen von Partizipation ist.

5.4 Klärung von Ziel und Methode: »Dampf ablassen« oder demokratisieren?

In den analysierten Bürgerdialogen wird von den Veranstaltenden als Ziel formuliert, zu zeigen, dass Politik und Verwaltung die Bürger_innen ernst nimmt, indem sie ihnen zuhört. Die erhoffte Wirkungsannahme ist eine Befriedung des völkisch-autoritär aufgeladen und antidemokratisch artikulierten Unmuts in Teilen der Bevölkerung.

Angesichts der Ergebnisse dieser Forschung ist aus unserer Perspektive zu überlegen, inwiefern eine stärkere inhaltliche Klärung der Ziele aber auch der zugrunde liegenden Wirkungsannahme sinnvoll sein kann. Die Ergebnisse unserer Forschung zeigen, dass ein Tolerieren entsprechender Aussagen im Sinne von Zuhören oder »Dampf ablassen« hinsichtlich einer Demokratisierung wenig Wirkung zeigt, sondern vielmehr kontraproduktiv wirkt. Um ein demokratisches Miteinander zu ermöglichen, braucht es zu allererst deutliche Positionierungen für ein partizipatives und daher notwendig diskriminierungskritisches Miteinander. Hilfreich sind entsprechende Regeln, die Diversifizierung der Teilnehmenden und damit der Positionen im Diskurs. Eine grundsätzliche Voraussetzung besteht in einer entschiedenen Positionierung der beteiligten Kommunalpolitiker_innen. Selbstverständlich müssen diese auch solche Bürgeranliegen ernst nehmen, denen sie nicht zustimmen. »Ernst nehmen« sollte aber bedeuten, rassistische Sprache, völkisch-autoritäre Einstellungen, verschwörungstheoretische Weltbilder und antidemokratische Positionen als solche zu benennen und ihnen konsequent inhaltlich zu widersprechen.

6. Quellenverzeichnis

- Arnstein, Sherry (1969). A ladder of citizen participation. In: AIP Journal 35(4), S. 216 – 224.
- Bochmann, Cathleen/Döring, Helge (2020) (Hrsg.): Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten. Wiesbaden, im Erscheinen.
- Butter, Michael (2018): »Nichts ist, wie es scheint«. Über Verschwörungstheorien. Berlin.
- Dietze, Gabriele (2016): Das 'Ereignis Köln'. In: Femina Politica - Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft 25 (1), S. 93–102.
- Elias, Norbert/Scotson, John Lloyd (2016): Etablierte und Außenseiter. 8. Auflage. Frankfurt am Main.
- Fröschner, Joschka/Warnecke, Jacob (2019): »Was interessiert mich denn Cottbus?« Dynamiken rechter Formierung in Südbrandenburg: Der Verein Zukunft Heimat. Potsdam.
- Goel, Urmila (2016): Die (Un)Möglichkeiten der Vermeidung von Diskriminierungen. In: AG Lehre des Zentrums für transdisziplinäre Geschlechterstudien (ZtG). Diskriminierungskritische Lehre. Denkanstöße aus den Gender Studies. Berlin, S. 39–47.
- Groenemeyer, Axel (2012): Soziologie sozialer Probleme – Fragestellungen, Konzepte und theoretische Perspektiven. In: Albrecht, Günter/Groenemeyer, Axel (Hrsg.): Handbuch soziale Probleme. 2., überarbeitete Auflage. Wiesbaden.
- Habermas, Jürgen (1981): Theorie des kommunikativen Handelns. 2 Bde. Frankfurt/Main.
- Habermas, Jürgen (1988): Nachmetaphysisches Denken. Philosophische Aufsätze. Frankfurt/Main.
- Häusler, Alexander (Hg.) (2018): Die AfD: Partei des völkisch-autoritären Populismus. In: Ders. (Hg.): Völkisch-autoritärer Populismus. Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD. Hamburg, S. 9-19.
- Hetze, Willi (2020): Versammlungen in Krisenzeiten – Eine Typologie anhand des Konfliktverlaufs. In: Bochmann, Cathleen/Döring, Helge. (Hrsg.): Gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten, Wiesbaden (im Erscheinen), S. 139-166.
- IFSW/IASSW (2004): Ethics in Social Work, Statement of Principles. <https://www.iassw-aiets.org/wp-content/uploads/2015/10/Ethics-in-Social-Work-Statement-IFSW-IASSW-2004.pdf> (Zugriff: 27.4.2020).
- Kellershohn, Helmut (2016): Umvolkung. In: Gießelmann/Bendte et al. (Hrsg.): Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe. Schwalbach, S. 282–297.
- Landwehr, Claudia (2012): Demokratische Legitimation durch rationale Kommunikation. Theorien deliberativer Demokratie (Jürgen Habermas, John Dryzek, Amy Gutmann/Dennis Thompson). In: Lembcke, Oliver/Ritzi, Claudia/Schaal, Gary S. (Hrsg.): Zeitgenössische Demokratietheorie. Band 1: Normative Demokratietheorien. Wiesbaden, S. 355–386.
- Leidinger, Christiane/Radvan, Heike (2020 i.E.): Extrem Rechte und völkisch-autoritäre AkteurInnen an Hochschulen – Diskussions- und Forschungsstand, neue Überlegungen und Analysen. In: Farrokhzad, Schahrzad/Kunz, Thomas/Oulad Mohammed M Hand,

Saloua/Ottersbach, Markus (Hrsg.): Migrations- und Fluchtdiskurse im Zeichen des erstarkenden Rechtspopulismus. Wiesbaden.

Lorenz, Astrid/Hoffmann, Christian P./Hitschfeld, Uwe (2020): Dynamik und Herausforderungen der Ausweitung von Angeboten politischer Partizipation in Deutschland. In: Dies. (Hrsg.): Partizipation für alle und alles? Fallstricke, Grenzen und Möglichkeiten. Wiesbaden (im Erscheinen), o.S..

Mannheim, Karl (1980|1922-24): Strukturen des Denkens (hrsg. von David Kettler, Volker Meja u. Nico Stehr). Frankfurt a.M., [vermutlich verfasst 1922-24].

Miles, Robert (1999): Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs. Hamburg/ Berlin.

Radvan, Heike (2010): Pädagogisches Handeln und Antisemitismus. Eine empirische Studie zu Beobachtungs- und Interventionsformen in der offenen Jugendarbeit. Bad Heilbrunn.

Riede, Milena/ Rothschuh, Michael/ Stracke-Baumann, Claudia/ Zychlinski, Jan (2016): Gemeinwesenarbeit und Geflüchtete - Inklusive Gemeinwesenarbeit in neuen Nachbarschaften. Diskussionspapier der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA), Sektion Gemeinwesenarbeit, Arbeitsgruppe GWA und Flucht, <https://www.stadtteilarbeit.de/wohnen-nachbarschaft/interkulturelle-nachbarschaft/gemeinwesenarbeit-und-gefluechtete-inklusive>, (zuletzt aufgerufen am 22.4.20).

Scherr, Albert/ El-Mafaalani, Aladin/ Yüksel, Gökçen (2017) (Hrsg.): Handbuch Diskriminierung, Wiesbaden.

Schutzbach, Franziska (2018): Die Rhetorik der Rechten. Rechtspopulistische Diskursstrategien im Überblick, Zürich.

Seliger, Ruth (2008): Einführung in Großgruppen-Methoden. Heidelberg.

Strassburger, Gaby (2015): Flüchtlinge in Nachbarschaften, eine systematische Skizze zur integrativen Kraft der Stadtteilarbeit, [https://www.stadtteilarbeit.de/index.php/wohnen-nachbarschaft/interkulturelle-nachbarschaft /fluechtlinge-nachbarschaften](https://www.stadtteilarbeit.de/index.php/wohnen-nachbarschaft/interkulturelle-nachbarschaft/fluechtlinge-nachbarschaften), (zuletzt aufgerufen am 22.4.20).

Strauss, Anselm L./Corbin, Juliette (1996): Grounded Theory. Grundlagen Qualitativer Sozialforschung. Weinheim.

Virchow, Fabian (2018): AfD, Pegida & Co. Entstehung und Aufstieg einer völkisch-autoritären Massenbewegung. Dossier 87. Beilage zu Wissenschaft & Frieden 4.

Wetzel, Juliane (2010): Verschwörungstheorien. In: Wolfgang Benz (Hg.): Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart. Band 3. Begriffe, Theorien, Ideologien. Berlin, S. 334–337.

Young, Iris Marion (2002): Fünf Formen der Unterdrückung. In: Christoph Horn und Nico Scarano (Hg.): Philosophie der Gerechtigkeit. Texte von der Antike bis zur Gegenwart. Frankfurt am Main, S. 428–445.